



OBERRHEINRAT

Sitzung der Plenarversammlung
am 30. November 2012 von 10.20 Uhr bis 14.00 Uhr in Liestal (CH)

Sitzungsprotokoll

1. Eröffnung

Herr Helmut HERSBERGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich im Namen des Vorstandes des Oberrheinrates hier in der Kantonshauptstadt des Kantons Basel-Landschaft in Liestal.

Es freut mich, verschiedene Persönlichkeiten zu begrüßen. Ganz besonders freut uns, dass Maya GRAF anwesend ist. Sie ist seit Anfang der Woche die erste grüne Präsidentin des Nationalrates, der großen Kammer des schweizerischen Parlaments. Ich habe in den letzten Tagen viel über sie erfahren: Dass sie sich für konsensfähige Lösungen einsetzt, immer ein Ohr für Minderheiten hat und trotzdem an ihrem Ziel, die Welt zu retten, festhält. Last but not least, dass ihr ein respektvolles Miteinander sehr wichtig ist. Liebe Maya, der ganze Oberrheinrat wünscht Dir alles Gute für Dein Präsidialjahr auf dass es Dir gelinge, etwas Maya-Kultur in das Schweizer Parlament zu bringen!

Frau Maya GRAF:

Geschätzte Damen und Herren, ich bin sehr gerne als Präsidentin des Schweizer Nationalrats hierher gekommen. Ich möchte Ihnen die herzlichsten Grüße ausrichten und Ihnen sagen, dass für uns in der nationalen Politik das grenzüberschreitende Miteinander in den Regionen und die Nähe zu den Bürgern ausserordentlich wichtig sind. Ebenso wichtig ist, was Sie tun: Sie vernetzen am Oberrhein die Parlamente und suchen als von den Bürgern gewählte Abgeordnete gemeinsame Lösungen. Ein Europa von morgen, eine EU mit der Schweiz gelingt nur, wenn wir es schaffen, dieses Miteinander, diese Vernetzung unter allen Ländern unter Einbezug aller Bürgerinnen und Bürger herzustellen.

Ich habe noch zwei wunderbare Gründe, warum ich hierher gekommen bin. Zum einen war ich hier in diesem Saal von 1995 bis 2001 Landrätin des Kantons Basel-Landschaft, bevor ich in den Nationalrat nachrücken durfte. Und ich wohne nicht einmal 10 km von hier entfernt, in Sissach. Ich gehöre zur Nordwestecke der Schweiz und damit zum Oberrheingebiet. Ich versuche der Schweiz in meiner Amtszeit zu zeigen, wie wichtig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein ist. Wenn ich von meinem Heimatberg in Sissach hinabschaue, sehe ich genau in dieses Gebiet, die ganze Jurakette, vom Elsass über Süd-Baden, natürlich auch Solothurn, Basel usw. Weitblick hilft, um die Probleme des Alltags miteinander zu lösen. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und alles Gute!

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank. Ich gebe das Wort direkt weiter an Jürg DEGEN, den Präsidenten des Landrats (Parlament) des Kantons Basel-Landschaft und hiesigen Hausherrn.

Herr Jürg DEGEN:

Sehr geehrte Frau Nationalratspräsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin tatsächlich hier der Hausherr für ein Jahr seit dem 11. Juli 2012. Im Namen dieses Parlaments begrüsse ich Sie herzlich zu Ihrer Plenarversammlung. Es ist mir eine große Ehre, dass Sie Ihre 30. Plenarversammlung hier in Liestal feiern. Das ehrt unseren Kanton, diese Stadt und die Bevölkerung von Basel-Landschaft. Wir bemühen uns, ein wichtiger Teil dieser Region zu sein. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Plenarversammlung und werde gespannt Ihren Verhandlungen folgen.

Herr HERSBERGER:

Ich begrüße ebenfalls Frau Bärbel SCHÄFER, Präsidentin des Regierungsbezirks Freiburg und Präsidentin der Oberrheinkonferenz. Unter uns befindet sich zudem der frischgebackene Préfet de l'Alsace, Stéphane BOUILLON. Er ist seit zwei Wochen im Amt. Danke, dass Sie bei uns sind.

Herr Stéphane BOUILLON:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für Ihren herzlichen Empfang. Frau SCHÄFER ist es zu verdanken, dass ich schon viele unter Ihnen kennenlernen durfte. Meine heutige Präsenz soll das Interesse des französischen Staates, den ich vertrete, an Ihren Arbeiten für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen.

Dies ist von herausragender Bedeutung, ermöglicht es uns doch die Rolle zu erkennen, die das Elsass, mein Arbeitsgebiet, im oberrheinischen Miteinander spielt. Es verdeutlicht auch anderen französischen Regionen die Wichtigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern, die das Ziel verfolgt, eine gemeinsame Zukunft zu schmieden, sich in den Bereichen Kultur, Arbeit und Wissen auszutauschen oder, kurz gesagt, das Europa von morgen zu bauen.

Ich glaube, dass es beispielhaft ist, wie diese Arbeit, jenseits des Wirkens der Regierungen, von den gewählten Politikerinnen und Politikern vor Ort mit den gesamten Gebietskörperschaften geführt wird und somit unseren Kontinent mit Leben erfüllt. Ich danke Ihnen und ermutige Sie in allen Ihren Vorhaben.

Herr HERSBERGER:

Vielen Dank, Herr Préfet. Ich versuche jetzt das Kunststück, niemanden zu vergessen. Unter uns weilt ebenfalls Hans ROTH, der neu ernannte Schweizer Botschafter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Departement für Auswärtige Angelegenheiten.

Unter uns ist ferner der Vize-Präsident des Parlement du Jura, Gabriel VILLEMIN. Dann darf ich Kathrin AMACKER, Präsidentin der Regio Basiliensis und den Ehrenpräsidenten der Regio Basiliensis, Peter GLOOR begrüssen. Zu Ehren der 30. Plenarversammlung sind als ehemalige Vorsitzende des Oberrheinrates auch Peter SCHAI und Beatrice FUCHS hier, weiter Gundolf FLEISCHER, der langjährige Kommissionsvorsitzende im Oberrheinrat und frühere Staatssekretär von Baden-Württemberg. Ich begrüße weiter Rita KOHLERMANN, die ehemalige Vorsitzende der Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt und Hans-Peter FREY als langjährigen Oberrheinrat und ehemaligen Landratspräsidenten.

Schliesslich beehren uns Dr. Wolfgang MÜLLER, Oberbürgermeister von Lahr und Franco MAZZI, der Stadtammann von Rheinfelden-Schweiz – dort waren wir im Oktober mit dem Vorstand zu Gast, wofür wir ihm noch einmal herzlich danken. Und ich begrüße zahlreiche Gäste aus den Verwaltungen. Jetzt müsste ich weiterfahren und Sie alle, liebe Oberrheinratsmitglieder, in Ihren Doppelfunktionen begrüßen, aber dies würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Liebe Damen und Herren Oberrheinräte, ich begrüsse Sie alle herzlich zu dieser Jubiläumsveranstaltung, die ich hiermit eröffne.

Erlauben Sie mir eine persönliche Einleitung: Ich bin nämlich mit dem heutigen Veranstaltungsort besonders verbunden. Zum einen bin ich hier in Liestal auf die Welt gekommen, zum anderen bin ich, wie Maya GRAF, Bürger der kleinen Stadt Sissach.

Bürger, ich weiss es, ist ein Status, der bei unseren badischen und elsässischen Freunden Staunen hervorruft, in der Schweiz hat er aber viel mit Verbundenheit, Heimat und Zugehörigkeitsgefühl zu tun. Sie sehen also, die heutige Jubiläumsversammlung wird von einem Basler geleitet, der seine Wurzeln im Oberbaselbiet hat.

Dies gibt mir die Legitimation, um mich nicht als Oberrheinrat, sondern als Person zu äussern: Ich bin bekennender Befürworter der Wiedervereinigung der beiden Basel zu einem starken, gemeinsamen Kanton. Dieser Kanton wäre flächenmässig mit 555 km² deutlich kleiner als die restlichen Kantone der Nordwestschweiz, würde aber eine Stärkung der Region Basel bedeuten. Ich bin mir selbstverständlich bewusst, dass eine allfällige Wiedervereinigung der beiden Basel noch eine gehörige Portion Arbeit mit sich bringt. Ich bin bereit, diesen Einsatz zu leisten. Falls Sie also in naher oder ferner Zukunft einen Gastreferenten oder Podiumsteilnehmer benötigen, rufen Sie mich an.

Ich rufe auch unsere elsässischen Freunde auf: Steht uns zur Seite, denn Ihr habt mit Eurer Gebietsreform einen Vorsprung. Der Conseil Régional und die beiden Conseil Généraux haben am letzten Samstag die Fusion zu einem starken Elsass beschlossen. Am 7. April entscheidet das Volk. So viel zu ehrgeizigen Zeitplänen.

Und noch ein Beispiel, wie territoriale Zusammenarbeit gut und einfach funktionieren kann: Am 21. Juli hat mich Philippe RICHERT zum „Tattoo“ nach Basel begleitet. Es hat ihm so gut gefallen, dass er spontan als erster „Alsacien“ dem Patronats-Komitee beigetreten ist.

2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 18. Juni 2012

Ich gehe davon aus, dass Sie mit der Traktandenliste und ebenfalls mit dem Protokoll der Plenarversammlung einverstanden sind. Damit ist beides genehmigt.

3. Aktuelles aus der Arbeit der Oberrheinkonferenz

Frau Bärbel SCHÄFER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, herzlichen Dank für die heutige Einladung und dafür, dass Sie mir Gelegenheit geben, von der Arbeit der Oberrheinkonferenz zu berichten.

In wenigen Tagen, am 7. Dezember, wird das Plenum der Oberrheinkonferenz in Freiburg tagen. Wir werden unseren Jahresbericht vorstellen und gleichzeitig einen Ausblick auf die Schwerpunkte des Jahres 2013, das unter Schweizer Präsidentschaft stehen wird, geben. Sie, lieber Herr HERSBERGER, werden über die Schwerpunkte der Tätigkeit des Oberrheinrates im Jahre 2012 sprechen. Diese wechselseitige Beteiligung der Präsidenten und Präsidentinnen von Oberrheinkonferenz und Oberrheinrat ist Symbol und Bestandteil der *good governance* am Oberrhein.

Zusammen mit dem Sprecher der Säule Politik der trinationalen Metropolregion, Charles BUTTNER, haben wir uns regelmäßig getroffen, um uns abzustimmen und zusammenzuarbeiten zwecks Verstärkung unseres Netzwerkes.

Die Vielzahl der grenzüberschreitenden Strukturen am Oberrhein wurde oft als Schwäche dargestellt und kritisiert. Man kann sie – und auf diesem guten Weg sind wir – auch als Chance begreifen, wenn es uns gelingt, ohne neue Organisationen und Strukturen zu schaffen, die unterschiedlichen Stärken und Kompetenzen der Organe für gemeinsame Schwerpunkte nutzbar zu machen. Zu dieser engen Vernetzung haben wir in diesem Jahr wichtige Schritte unternommen und folgerichtig auch im Präsidium der Oberrheinkonferenz dem Governance-Konzept der Säule Politik zugestimmt. Herr BUTTNER wird Ihnen sicherlich nachher noch darüber berichten.

Was sich über 35 Jahre hinweg in weitgehend strikt voneinander getrennten Bereichen abgespielt hat, wird jetzt spannend, nämlich wenn sich die Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft koordiniert zusammenschließen. Das wird in der nahen Zukunft wichtiger denn je, gerade im Hinblick auf das anstehende Interreg V-Programm. Grenzüberschreitende Projekte dürfen nicht mehr nach dem Zufallsprinzip entstehen. Wenn wir grenzüberschreitendes Handeln sichtbar und für die Menschen nutzbar machen wollen, müssen wir Schwerpunkte bilden, wie dies auch künftig von der EU vorgesehen wird.

Ein Blick auf Ihre Tagesordnung zeigt, dass die Oberrheinkonferenz und der Oberrheinrat viele gemeinsame Themen angegangen sind: der grenzüberschreitende Nahverkehr, die Sicherheit der Kernkraftwerke und die trinationale Zusammenarbeit im Katastrophenfall, die erneuerbaren Energien, die Zweisprachigkeit und neue Möglichkeiten des binationalen und dualen Studierens am Oberrhein; und zusammen mit der Kommission Raumordnung und Verkehr des Oberrheinrats die Verbesserung der Kohärenz der Raumentwicklungspolitik am Oberrhein durch frühzeitige, gegenseitige Information über Planungsvorhaben durch die Akteure der Raumplanung. Vieles wurde darüber hinaus in den Arbeitsgruppen und Expertenausschüssen der Oberrheinkonferenz erreicht und neu angestoßen: Der Verkauf grenzüberschreitender Nahverkehrstickets für den Bereich Straßburg-Ortenau schon an den deutschen Ausgangsbahnhöfen des Oberrheins, Informationsveranstaltungen in den Gymnasien über spätere Studienmöglichkeiten an den Hochschulen der trinationalen Metropolregion Oberrhein und weitere konkrete Schritte auf dem Weg zu einem echten grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zur Sicherung von Nachwuchskräften.

Das gemeinsame Ringen – ich lege es Ihnen als Abgeordnete der Legislative besonders ans Herz – um die Weiterführung von EURES-T, die trinationale Fachtagung zum Thema Prävention und, damit verbunden, der Aufbau einer umfassenden Informationsplattform im Gesundheitswesen, die im Oberrhein weit anerkannte Fischereiprüfung und das Projekt „Naturerbe und Identität“ mit der Dokumentation der schönsten Orte am Oberrhein sind weitere Arbeiten der ORK dieses Jahres, dabei nicht zu vergessen die Fortführung der Initiative der französischen Präsidentschaft zum Thema „Fête de la Musique“, beginnend jetzt mit der großen Kreisstadt Bühl.

Ein großer Erfolg der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist das in Straßburg gegründete Netzwerk „Upper Rhine Ports - A connected corridor“. Die Häfen von Kehl, Straßburg, Colmar, Karlsruhe, Ludwigshafen und Mannheim sowie das Konsortium Rheinports Basel-Mulhouse-Weil, die von ihren Direktoren vertreten wurden, hatten gemeinsam mit der EU-Kommission im Rahmen des transeuropäischen Verkehrsnetzwerkes ihr Konzept für die Entwicklung eines effizienten Angebots für den multimodalen Güterverkehr am Oberrhein vorgestellt. Das gemeinsame Konzept der Häfen verfolgt das Ziel, innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre Verkehrsvolumen weg von der Straße auf alternative Verkehrswege zu verlegen und somit die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Metropolregion zu stärken. Die EU-Kommission fördert das Projekt mit 850 Mio. € und hat die wichtigsten europäischen Korridore festgelegt. Der Oberrhein ist dabei zentraler Knotenpunkt des Korridors Rotterdam-Genua und befindet sich somit an der Schnittstelle dreier anderer Korridore für den Güterverkehr. Die Tatsache, dass wir jetzt so zentral in dieser Achse liegen, ermöglicht uns den Zugang zum Fonds für Güterverkehr-Infrastrukturprojekte bis 2020. Wir müssen natürlich, um diese Zuschüsse zu beantragen, die Grundlagen der Szenarien für die Häfen entwickeln. Diese Initiative ist das Ergebnis eines mehrjährigen Austausches im Expertenausschuss der Arbeitsgruppe Verkehr der ORK.

All diese Ergebnisse unserer Arbeiten können wir Ihnen demnächst in einer neuen Broschüre vorstellen.

Hinweisen möchte ich ausdrücklich auf das Thema Sicherheit der Kernkraftwerke und trinationale Zusammenarbeit im atomaren Katastrophenfall. Wir haben uns intensiv bemüht, im Zuge der Erkenntnisse von Fukushima den Katastrophenschutz zu erweitern, insbesondere was das Thema Evakuierungszonen angeht. Am 24. September hielten wir eine trinationale Fachtagung zum Thema „Sicherheit der Kernkraftwerke am Oberrhein“ ab. Das ist ein ganz wesentlicher Schritt gewesen, der deutlich macht, wie außergewöhnlich gut

und vertrauensvoll die Staaten in der Oberrheinkonferenz und im Oberrheinrat trotz ihrer unterschiedlichen politischen Bewertungen zusammenarbeiten konnten. Die Oberrheinkonferenz setzt sich deshalb ganz stringent für eine gute und erhöhte Transparenz und Information der lokalen Bevölkerung ein.

Ich freue mich auch, dass wir für Baden-Württemberg vermelden können, dass wir einer langjährigen und m.E. berechtigten Forderung der französischen Seite nach einer trinationalen Information der anderen Kernkraftwerke nachkommen können, denn die neu unter der Leitung des Landkreises Karlsruhe-Land errichtete Informationskommission Philippsburg ist bereit, auch Kollegen und Kolleginnen aus Frankreich und der Schweiz die Teilnahme zu ermöglichen.

Mit Blick auf das Programm der Oberrheinkonferenz im kommenden Jahr – Herr Regierungsrat WÜTHRICH-PELLOLI wird mir in der Präsidentschaft nachfolgen – möchte ich zusammenfassen, was Sie alle wissen: Die Oberrheinkonferenz braucht die politische Begleitung und Unterstützung des Oberrheinrates mit seinen politischen und vor allem legislativen Akteuren. Herr STAECHELE, insofern freue ich mich sehr auf die weiterhin enge Zusammenarbeit im nächsten Jahr, sei es bei der Umsetzung der Klimaschutzstrategie am Oberrhein, oder sei es bei der Überführung der Koordinationsstelle „Klima und Energie TRION“ in eine selbstständige Struktur, beim Abschluss einer Oberrhein weiten Kooperationsvereinbarung für den Planungsaustausch, oder beim weiteren Ausbau der Angebote für grenzüberschreitendes Lernen und Arbeiten, oder sei es auch bei der Umsetzung des Projekts Schienenanschluss an den EuroAirport.

Ich darf Ihnen versichern, ganz besonders Ihnen, lieber Herr RICHERT, dass ich diesbezüglich wegen einer Förderung des Landes im engen Kontakt mit Ministerpräsident KRETSCHMANN bin. Und auch wenn die Haushaltslage es für diesen Doppelhaushalt nicht erlaubt, sowohl der Ministerpräsident als auch der Verkehrsminister haben versichert, dass sie das Thema eng weiterverfolgen und es bei den nächsten Haushaltsplanberatungen erneut den Abgeordneten des Landtages zur Entscheidung an die Hand geben möchten.

Für Ihr Engagement zugunsten der trinationalen Zusammenarbeit am Oberrhein und für die trinationale Metropolregion darf ich Ihnen allen ganz herzlich danken. Die Oberrheinkonferenz freut sich auch auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen.

4. Neues aus der Trinationalen Metropolregion Oberrhein

Herr Charles BUTTNER:

Ich begrüße alle hier anwesenden Persönlichkeiten. Was im Zuge unserer politischen oder administrativen Entscheidungen in zahlreichen Kommissionen von allen Beteiligten erarbeitet und verwirklicht wird, ist umfangreich und zuweilen unübersichtlich. Als politisch Verantwortliche müssen wir uns weiterhin um Kohärenz bemühen und entsprechend möchte ich dem politischen Ausschuss danken, dass er meinen Auftrag als Sprecher der Trinationalen Metropolregion Oberrhein um ein Jahr verlängert hat.

Der politische Ausschuss der Trinationalen Metropolregion Oberrhein (TMO) kam am 18. September in Colmar zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurden die zahlreichen Aktivitäten der TMO im Jahr 2012 erörtert. Der künftige Präsident der Oberrheinkonferenz, Urs WÜTHRICH-PELLOLI, bekräftigte seine Absicht, die bereits verfolgten Prioritäten fortzusetzen, was m.E. richtig ist und zu Klarheit und Kohärenz beitragen wird.

Zur Governance wurde ein Leitfaden für eine gute Governance der Säule Politik in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein vorgestellt. Die Vorlage, welche Grundsätze beschreibt, befindet sich in Ihren Sitzungsunterlagen; wir haben sie der schweizerischen und deutschen Seite zu verdanken. Es wurde beschlossen, diese abgestimmten Grundsätze dem Oberrheinrat, der Oberrheinkonferenz, dem Städtebund und den Eurodistrikten vorzulegen. Die Arbeit ist in dieser Hinsicht aber sicher noch nicht beendet.

Mein erneuertes Mandat will ich nutzen, um die Aktionen, die 2012 eingeleitet wurden, fortzusetzen. Denn es scheint mir wichtig, an einer besseren Kommunikation und Auswirkung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein weiterzuarbeiten, damit unsere Bürger und Bürgerinnen wirklich erfassen können, worum es konkret geht. Wenn wir die Bevölkerung nicht ausreichend teilhaben lassen, laufen unsere Bemühungen ins Leere.

Ich hege auch den Wunsch einer großen, grenzüberschreitenden Sportveranstaltung, welche die breite Öffentlichkeit ansprechen würde. Ich hörte unterdessen, liebe Bärbel SCHÄFER, dass ein solches Vorhaben in der Fußballwelt ziemlich kompliziert zu organisieren wäre und auf deutscher Seite auf einen gewissen Widerstand stößt. Vielleicht könnten wir anlässlich der im Dezember geplanten Sitzung die Möglichkeit eines Fußballwettbewerbs zwischen unseren drei Ländern genauer untersuchen. Wir wären in Frankreich und in der Schweiz sehr dafür, eine U15 Meisterschaft zu organisieren.

Die Säule Politik könnte auch den Anstoß zu einer trinationalen Kulturveranstaltung geben – was zur Zeit diskutiert wird – oder einige Veranstalter fördern, indem ihnen schon vorhandenen Veranstaltungen eine grenzüberschreitende Note verliehen wird. Ich möchte ferner, dass wir uns Gedanken machen über ein Label der Metropolregion Oberrhein, mit dem alle bedeutenden Initiativen unseres Gebiets gekennzeichnet werden könnten. Was das Elsass betrifft, verfolgt Philippe RICHERT das bereits meisterhaft mit dem Grundsatz und der Weiterentwicklung einer Marke „Alsace“.

Und schließlich ist es wichtig, dass wir den vor Jahren begonnenen Dialog mit den Europa-Abgeordneten des Oberrheins und den EU-Einrichtungen fortführen. Die Treffen mit Europaabgeordneten, die wir schon mindestens zweimal durchgeführt haben, sind ein wahrer Erfolg. Die Europa-Abgeordneten bekunden sehr viel Interesse; mit ihnen verglichen sind wir eher Praktiker. Sie brauchen uns also und wir sie noch mehr.

Am 8. November fand die zweite Sitzung zwischen den vier Säulen der Metropolregion in Freiburg statt. Diese fachliche Zusammenkunft gab den Anwesenden die Gelegenheit, über den aktuellen Stand der anderen Säulen unterrichtet zu werden und am Zusammenwachsen zu arbeiten. Ein weiteres Säulen-Treffen ist am 10. Dezember vorgesehen.

Ich würde auch eine medienwirksame Veranstaltung zu Ehren des zweijährigen Bestehens der Erklärung von Offenburg begrüßen. Sie wissen, dass unsere Trinationale Metropolregion am 9. Dezember 2010 von Berlin, Bern und Paris offiziell anerkannt wurde. Wir werden die Möglichkeit erörtern, diese Feier mit dem Presseclub Straßburg zu gestalten. Zur selben Zeit steht der 50. Jahrestag des Elysee-Vertrags im Vordergrund.

Meine Damen und Herren, wir alle sind dabei, unser Bestes zu tun. Ich als Sprecher der Säule Politik werde mich weiterhin voll und ganz dieser gewaltigen Aufgabe widmen. Vielen Dank, lieber Helmut, dass Du den Oberrheinrat mit so viel diplomatischem Geschick führst.

Herr HERSBERGER:

Vielen Dank. Ich möchte noch einige Anlässe anführen, an welchen Gelegenheit bestand, über die Governance am Oberrhein zu informieren. Am 20. August wurde ich vom neuen Schweizer Botschafter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach Bern eingeladen. Herr Hans ROTH gab mir die Möglichkeit, vor etwa dreißig Botschaftern über unsere Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zu orientieren. Außer mir hat auch Herr von DROSTE-HÜLSHOFF referiert.

Am 3. September durfte ich am deutsch-französischen Treffen der Bürgermeister in Breisach teilnehmen. Philippe RICHERT zeigte den Teilnehmenden auf, wie die Fusion zwischen den Departements Haut-Rhin und Bas-Rhin erfolgen soll.

Weiter haben Vertreter der TMO am 10. September in Strasbourg die Europaabgeordneten der Region Oberrhein getroffen, was einen sehr fruchtbaren Austausch ermöglichte.

Schliesslich waren wir am 13. Oktober in Colmar im Haut-Rhin, um uns mit den dortigen Bürgermeister*innen zu treffen und sie zu orientieren. Und zu guter Letzt waren wir mit dem Vorstand des Oberrheinrates zur Vorbereitung der heutigen Besprechung am 22. Oktober in Schweiz-Rheinfelden, wobei uns die Stadtpräsidenten der beiden Rheinfelden gemeinsam begrüßten.

Sie haben in Ihren Unterlagen das von Charles BUTTNER erwähnte Arbeitspapier „Eckwerte zur Good Governance für die Säule Politik der Trinationalen Metropolitanregion Oberrhein“, welches der politische Ausschuss am 18. September verabschiedet hat, unter Vorbehalt Ihrer Zustimmung. Die Vorlage ist als ausbaufähiges Strategie-Arbeitspapier zu betrachten, aber wir möchten die Zwischenetappen finalisieren.

5. Bericht zu laufenden Resolutionen

Herr HERSBERGER:

Eine kurze Übersicht über den Stand wichtiger laufender Resolutionen des Oberrheinrates: Die befürchtete Schließung des deutschen Konsulats in Straßburg wurde mit Erfolg verhindert, da die deutsche Regierung davon Abstand genommen hat.

Die Sache Schienenanschluss an den EuroAirport ist noch offen. Willi STÄCHELE, der nächstes Jahr mit dem Präsidentenstab versehen sein wird, hat versprochen, nochmals ernste Worte mit Herrn Minister FRIEDRICH zu wechseln.

Die feierliche Erklärung zum Qualitätsanbau am Oberrhein wird jetzt hoffentlich von den Europa-Abgeordneten ins Europaparlament getragen. Wir haben Angst, dass das Oberrheingebiet mit Billigweinen überschwemmt wird, wenn der Anbaustopp in Europa unregelmäßig aufgehoben wird.

Zum Thema Chancen der Energiewirtschaft haben wir bei der letzten Plenarsitzung viele Impulse erhalten. Wie immer ist die konkrete Umsetzung etwas schwieriger, aber die Kommissionen werden sicherlich am Thema dran bleiben.

Das Thema Atomkraftwerke am Oberrhein wird für die nächsten 20 bis 25 Jahre ein Dauerthema sein. Wir werden es im Trakt. 9 nicht ausführlich behandeln können. Vorweg eine kurze Reaktion: Der 18-seitige Bericht der Oberrheinkonferenz „Sicherheit der Kernkraftwerke am Oberrhein“ weist zwei Elemente auf, mit denen wir uns nicht zufrieden geben wollen. Erstens seien die durchgeführten Stresstests nicht oder nur beschränkt vergleichbar. Diese Vergleichbarkeit ist von Seiten des Oberrheinrats aber gefordert worden. Zweitens war die Katastrophenhilfe im atomaren Ernstfall nicht Gegenstand der Stresstests. Zum Thema grenzüberschreitende Katastrophenhilfe werden wir heute noch einen Referenten hören und eine Resolution vorlegen. Wir glauben, dass die Erkenntnisse der Oberrheinkonferenz limitiert sind und möchten deshalb darauf später zurückkommen.

6. Arbeiten und neue Resolutionsentwürfe der Kommissionen

Kommission Landwirtschaft und Umwelt:

Resolution Kartografische Darstellung und erneuerbare Energien am Oberrhein

Herr Daniel HOEFFEL:

Die Kommission hat sich anlässlich der letzten Sitzung mit den Planungsgrundlagen von Energiearten, insbesondere den erneuerbaren Energien, beschäftigt. Dabei wurden vor allem zwei Projekte, die eine solche Planung unterstützen, an uns herangetragen.

Zunächst zum Projekt PLAN-ER zur Planung erneuerbarer Energien, das uns von einem Vertreter der Universität Koblenz-Landau vorgestellt wurde. Ausgewählt wurde dieses

Projekt im Rahmen der Offensive Wissenschaften, die von Interreg mitfinanziert wird. Es wird vom Institut für Umweltwissenschaften der Universität Koblenz-Landau koordiniert und bereits in zwei Mustergebieten entwickelt: die Südpfalz einerseits und das Gebiet um Straßburg andererseits. Es handelt sich um ein ausgefeiltes Planungsinstrument, das die Möglichkeit bietet, das Entwicklungspotenzial aller Formen von erneuerbaren Energien zu erfassen, von Sonnen-, Wasser- oder Windenergie bis hin zu Erdwärme oder Biomasse. Es kann auch Gemeinden oder Energieversorgungsunternehmen als Entscheidungshilfe dienen. Ziel ist es, ein Planungsinstrument für erneuerbare Energien zu schaffen, das sich von den zwei derzeitigen Erprobungsgebieten auf das gesamte Gebiet des Oberrheinrats übertragen lässt.

Das zweite Projekt namens GISOR (*Französisch: SIGRS*) wurde von den Mitarbeitenden des Conseil Général du Haut-Rhin vorgestellt. Es wurde ebenfalls durch ein Interreg-Programm gefördert. Auf Bitte der Arbeitsgruppen der Oberrheinkonferenz konnten bereits zahlreiche Karten erstellt werden. Alle stehen auf der ORK-Homepage zum Download zur Verfügung und bilden somit ein wertvolles Instrument zumal es allen Bürgern zugänglich ist.

Auf der Grundlage dieser beiden Projekte legen wir Ihnen einen Resolutionsentwurf vor, der die Notwendigkeit hervorhebt, über zuverlässiges Kartenmaterial zu verfügen, um das Entwicklungspotenzial der erneuerbaren Energien im Oberrheingebiet richtig einschätzen zu können; zweitens, zum Schluss kommt, dass wir uns mit allen Energiequellen befassen müssen und somit alle vorangegangenen Resolutionen des Oberrheinrates, welche die notwendige Diversifizierung auf alle Energiequellen im Oberrhein hervorheben, bekräftigen. Und wir beantragen eine rasche Ausdehnung des Projekts auf das gesamte Oberrheingebiet.

Kommission Verkehr und Raumordnung:

Resolution LKW-Staus an der Schweizer Grenze

Herr Jürgen BÄUERLE:

Unsere Kommission beschäftigte sich unter anderem intensiv mit der Thematik «Wie können wir die Lkw-Staus an der schweizerischen Grenze reduzieren?» Und wie können wir den Parkplatzmangel insbesondere für Lkws vermindern? Wir haben uns mit dem Vorschlag unseres Landtagsabgeordneten Josef FREY beschäftigt sowie mit der Absicht der französischen Regierung, die ehemalige Zollanlage in Ottmarsheim zu einem vollwertigen Lkw-Parkplatz zu ertüchtigen.

Wir haben diese Anlage vor Ort am 24. September besichtigt und das Thema anlässlich unserer Kommissionssitzung vom 12. Oktober fortgesetzt. Wir haben in Ottmarsheim eine große, brachliegende Parkplatzfläche, völlig ungenutzt, mit Ressourcen von 200 bis 300 Parkplätzen. Wir sind der Meinung, dass es sehr sinnvoll wäre, diese Flächenressource zu revitalisieren. Wir hätten somit keinen neuen Flächenverbrauch und meinen auch, dass sich die Kosten etwas geringer als bei einem Neubau darstellen würden. Vor diesem Hintergrund schlagen wir Ihnen diese Resolution vor. Sie beinhaltet die Absicht der französischen Regierung, diese Zollplattform zu ertüchtigen.

Bei der Diskussion hat Herr Jean-Marie BELLIARD uns darüber informiert, dass die französische Regierung auch gerne den Lkw-Parkplatz in Saint-Louis ertüchtigen möchte. Wir haben dort bei Blockaden auf der A5 Rückstaus zu verzeichnen. Wir haben diese Botschaft der französischen Regierung auch in die Resolution aufgenommen.

Schlussendlich regen wir an, dass die Verwaltungen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz in dieser Angelegenheit sehr eng zusammenarbeiten, weil wir hier durchaus die Möglichkeit hätten über Interreg-Mittel eine Finanzierung zu erwirken. Letztlich denken wir auch an organisatorische Maßnahmen. So sehen wir in Ottmarsheim eine Vorverzollung vor. Damit könnten wir einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung der Lkw-Staus leisten. Sowohl Vorstand wie Kommission sehen dies als eine Maßnahme, die beim Bürger ankommen

würde. Hier könnte die Arbeit der TMO, ja des Oberrheinrats, für die Bürger und Bürgerinnen im Einzugsgebiet der trinationalen Metropolregion sichtbar werden.

Resolution Grenzüberschreitende Nahverkehrstickets im Oberrheinraum

Ein weiteres sehr wichtiges und sinnvolles Thema ist das grenzüberschreitende Nahverkehrsticket im Oberrheinraum. Es war auch eine Hauptforderung bei den Bürgerforen. Bei der Grenzüberschreitung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln muss man aus dem Zug aussteigen, um das neue Ticket zu lösen. Wenn man das Ticket dann in der Hand hat, sieht man oft vom Zug nur noch die Rücklichter. Das ist natürlich nicht im Sinne der Nutzer. Wir meinen, dass insbesondere die Inhaber des Baden-Württemberg-Tickets diesen grenzüberschreitenden Europapass nutzen können und dass wir auch an den Ausgangsbahnhöfen die Möglichkeit schaffen müssen, die Tickets zu lösen. Insofern müsste man diese Stationen und die Technik entsprechend umrüsten. Auch an so etwas kann der Bürger die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erkennen und fühlen.

Damit einhergehend möchten wir die Akteure auf dem Spielfeld des öffentlichen Nahverkehrs bitten, in noch stärkerem Masse zusammenzuarbeiten. Wir haben nämlich das Gefühl, und das hat auch die letzte Vorstands- oder Kommissionssitzung gezeigt, dass jeder innerhalb seines Verbundes sein Süppchen kocht. Es liegt auch an uns, an der Politik, dass wir die Akteure noch mehr zusammenbringen.

Schlussendlich, an Sie, Frau Regierungspräsidentin SCHÄFER als Präsidentin der Oberrheinkonferenz, ein herzliches Dankeschön, dass Sie es uns auch ermöglichen, auf der Ebene Raumordnung zusammenzuarbeiten. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich von Dr. Martin KOLB am 11. September zur Sitzung Ihrer Arbeitsgruppe Raumordnung eingeladen wurde. Es ging u.a. um die Kooperation in der Raumentwicklung, und ich darf Ihnen sagen, dass man auf gutem Wege ist, hier eine Vereinbarung zu einem guten Abschluss zu bringen. Dieser Informationsaustausch läuft ganz hervorragend, auch in unserer Kommission, und Herr KOLB wird sicherlich Gast bei unserer nächsten Kommissionssitzung am 8. März des kommenden Jahres sein.

Kommission Jugend, Ausbildung und Kultur:

Resolution Stand und Weiterentwicklung der Bilingualität in der Oberrheinregion

Frau Barbara SCHLEICHER-ROTHMUND:

Wir haben uns in unserer Sitzung Ende Oktober mit einem Herzstück der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beschäftigt, nämlich der Bilingualität im Oberrheingebiet. Der Hintergrund war auch für mich persönlich, da ich aus dem Kreis Gernersheim komme, wo wir einen Ort Namens Scheibenhardt haben, der einen deutschen und einen französischen Teil hat. Der Bürgermeister von Scheibenhardt hat mir gesagt, er habe den Eindruck, dass die Deutschkenntnisse auf elsässischer Seite immer mehr nachlassen. Nun müssen wir Deutsche zugeben, dass wir noch nie ausgeprägte Französischkenntnisse hatten.

Frau Alexandra GUSKI, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Erziehung und Bildung der Oberrheinkonferenz, hat uns berichtet; zudem waren vom Baden-württembergischen, vom Rheinland-pfälzischen, von der Region Alsace und auch von Straßburg Vertreter anwesend, die uns berichtet haben über alles, was z.Zt. gemacht wird, um das Deutsche oder entsprechend das Französische zu fördern. Es ist ein breiter Strauß an Aktivitäten, von den Kindertagesstätten über die Grundschulen bis hin in die Gymnasien, wo wir bilinguale Zweige haben d.h., dass bestimmte Fächer in der Fremdsprache unterrichtet werden.

Wir sind sehr offen mit dem Thema umgegangen und haben auch die Qualität des Unterrichts angesprochen. Die Schüler dürfen nicht nur radebrechen, sondern sollen gute Fähigkeiten erwerben. Es muss ihnen Appetit machen, mehr zu lernen. Wir haben in der Resolution darauf hingewiesen, dass es seit 2001 eigentlich schon eine Zielsetzung ist, die Bilingualität im Oberrheingebiet weiter zu entwickeln und es schon einen Austausch

zwischen den Schulen gibt. Man muss aber insbesondere bei der Lehrerschaft immer wieder auf diesen hinweisen und ihn auch einfordern.

Resolution Binational und dual studieren in der Oberrheinregion

Ein weiterer Aspekt, der von Frau SCHÄFER vorhin genannt wurde, nämlich binational Studieren in der Oberrheinregion, läuft seit einiger Zeit sehr erfolgreich und erfährt einen großen Zuspruch. Die jungen Leute schreiben sich z.B. in einer Fachhochschule ein und suchen dann in Frankreich einen Partnerbetrieb. Das Programm soll jetzt auf die Südpfalz ausgeweitet werden; es laufen schon Gespräche mit dem zuständigen Ministerium. Schwierig ist es mit der Schweiz, was mit dem unterschiedlichen Ausbildungssystem zu tun hat. Nichtsdestotrotz wünschen wir uns in der Resolution, dass auch da die Zusammenarbeit verstärkt wird, denn es sind Wirtschafts- und Wissensräume, die zusammengehören. Sie mit einer gemeinsamen Ausbildung zu verstärken ist sicherlich sehr sinnvoll.

Als drittes Thema haben wir uns mit dem Tag der Schulen am Oberrhein befasst. Vor einigen Jahren initiiert, hat er fünf Mal im Zweijahresrhythmus stattgefunden. Wir haben festgestellt, dass es so, wie es z.Zt. funktioniert, nicht zufriedenstellend ist. Wir müssen unheimlich viel organisieren, es ist sehr viel Aufwand für einen geringen Ertrag. So ist es schwierig für die einzelnen Kollegen und Kolleginnen, Schulen zu finden, die mitmachen. Und dann fahren wir die Kinder von einem Ende des Oberrheingebiets zum anderen. Wir machen uns jetzt Gedanken, wie wir das Konzept in einer praktikableren Form fortführen können.

Herr HERSBERGER:

Bei der Formulierung der Resolution Bilingualität ist ein Änderungsantrag von Helmut RAU eingegangen (Tischvorlage). Die Ergänzung wird vom Vorstand einhellig begrüßt. Primär geht es zusätzlich darum, den Lehreraustausch zu fördern. Wir haben diese Ergänzung, welche sich nur auf Frankreich und Deutschland bezog, hinzugefügt und zusätzlich auf die Nordwestschweiz ausgedehnt. Wir gehen davon aus, dass diese Ergänzung von allen Seiten begrüßt wird.

Kommission Wirtschaft und Arbeitsmarkt:

Herr Peter BRODBECK:

Wir haben uns an der letzten Sitzung nicht mehr mit dem Thema Energiewende befasst, aber seit dem Einbringen unserer Resolution hat die Diskussion doch gezeigt, dass es wichtig ist, in die Energiestrategie auch die Wirtschaft einzubinden, damit der Wirtschaftsstandort am Oberrhein weiterhin konkurrenzfähig bleibt.

Wir haben uns am 5. November zum Thema Arbeitsmarkt am Oberrhein in Freiburg getroffen. Die Kommission hat sich von der Geschäftsführerin des EURES-T Oberrhein, Frau Daniela LUSTER-HAGEDORN kompetent in das Thema einführen lassen. Sie wurde von den EURES-T-Beratern Sylvia MÜLLER-WOLFF aus Karlsruhe und Beat BRITT aus Basel begleitet. Die EURES-T ist das interregionale Arbeitsnetz europäischer Arbeitsmarkt-Akteure. Es sind dies die europäischen Arbeitsverwaltungen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Gebietskörperschaften und Länder. In zwanzig Grenzregionen gibt es EURES-T, u.a. am Oberrhein an der Grenze zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz.

Ziel ist die Entwicklung eines integrierten europäischen Arbeitsmarktes. In der Oberrheinregion reden wir von fast 100.000 Grenzgängern, davon 36.000 aus dem Elsass nach Baden und der Nordwestschweiz, 34.000 aus dem Badischen in die Schweiz und 23.000 vom Elsass nach Baden. Die Berater von EURES-T arbeiten im Interesse von Arbeitgebern und Arbeitssuchenden. Sie bieten Informationen zu allen Aspekten des Arbeitsmarktes aus einer Hand. Es werden auch Jobmessen und andere Veranstaltungen organisiert und eine umfassende Webseite bewirtschaftet. Eine Beratung zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt findet auch im Netzwerk Infobest statt, das mit den EURES-T Beratern eng zusammenarbeitet.

Wir haben feststellen dürfen, dass dieser Arbeitsmarkt sehr gut funktioniert und die Informationen für alle sehr umfassend sind. Wo besteht allenfalls noch Handlungsbedarf? Wichtig scheint uns, dass dieses Netzwerk in dieser Form weitergeführt wird. Wir stellten fest, dass es in gewissen Grenzregionen wünschbar wäre, wenn gewisse Ausweise im Bereich von Spezialfahrzeugen (z.B. Gabelstapler) über die Grenzen hinweg Anerkennung finden würden, damit der grenzüberschreitende Arbeitseinsatz ermöglicht wird.

Das Beispiel EuroAirport hat gezeigt, dass es am Oberrhein Situationen geben kann, bei denen ein Nachdenken über die Schaffung von wirtschaftlichen Sonderzonen prüfenswert wäre. Im südlichen Elsass mit dem hohen Aufkommen an Grenzgängern könnte man die Schaffung einer EURES-T Beratungsstelle erwägen. Bei den Arbeitgebern scheint eine Sensibilisierung bezüglich des Sprachvermögens stattzufinden. Es wird auch festgestellt, dass die Qualifikationen oft sehr hoch angesetzt werden und es deswegen für einfache Arbeiten nicht zu Anstellungen kommen kann. Es ist wichtig, dass die Aus- und Weiterbildung über die Grenzen hinweg ermöglicht und ausgebaut wird.

Herr HERSBERGER:

Wir haben fünf Resolutionen der Kommission vorliegen. Ich habe den Eindruck, dass sie nicht umstritten sind?

Herr Josef FREY:

Ich möchte auf die hervorragende Resolution der kartografischen Darstellung erneuerbarer Energien zurückkommen. Wenn ich es richtig verstanden habe, sind Interreg-Mittel avisiert oder erhofft. Im Augenblick wird über den Finanzrahmen 2014-2020 verhandelt und es ist leider noch keine Einigung in Sicht sondern, im Gegenteil, es gibt Erwägungen von den Nationen, die Mittel für die EU zu kürzen, entgegen dem Vorschlag der EU-Kommission. Wäre es überlegenswert, mit einem zusätzlichen Punkt 7 einen Appell an die Verhandlungsführer zu richten, dass sie von Kürzungen absehen, die solch gute Projekte ab 2014 gefährden würden? Dies ist eine ganz spontane Idee, die mir beim Zuhören kam. Vielleicht kann vom Oberrheinrat ausgehen, dass wir Europa nicht umsonst bekommen, sondern dass Europa gerade auch von diesen kleinen Projekten lebt.

Herr HOEFFEL:

Die Zuweisungen der Interreg-Programme hängen tatsächlich vom Gesamtvolumen des EU-Haushalts ab und innerhalb dieses Haushaltes von der künftigen Aufteilung zwischen dem Budget, das der Agrarpolitik (GAP) und dem was der Raumordnung gewidmet wird, wobei Letzteres besonders die Interreg-Gelder betrifft. Diese Diskussion läuft allerdings außerhalb unserer Reichweite. Sollten wir aber deshalb darauf verzichten zu kämpfen, damit die Interreg-Projekte nicht gekürzt werden, zu einem Zeitpunkt wo sie dazu beitragen können, die sowohl derzeitige wie auch zukünftige beunruhigende Situation des Arbeitsmarkts im Oberrhein zu verbessern? Ich meine, dass dies im Hinblick auf die EU-Entscheidungssträger eine wertvolle Ergänzung zu unserem Resolutionsentwurf darstellen könnte.

Herr Pierre BERTRAND:

Herr HOEFFEL hat uns richtigerweise die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Erinnerung gerufen, was uns bereits beschäftigt und in kommender Zeit weiterhin beschäftigen wird. Ich freue mich, dass von Zweisprachigkeit und Weiterbildung die Rede gewesen ist, wobei beides eng miteinander verbunden ist. Das darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen: Sei es im Norden oder im Süden unseres Oberrheingebiets. Überall werden gravierende grenzüberschreitende Arbeitsmarktprobleme festgestellt. Hier muss die Sensibilisierung noch viel gründlicher erfolgen und, wie es soeben betont wurde, wir dürfen vor allem den Druck in Bezug auf europäische Fördergelder, die uns aus einer schwierigen Lage helfen können, nicht nachlassen. Die Lage ist ernst; sie könnte noch ernster werden.

Herr Willi STÄCHELE:

Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich bin dem Kollegen FREY dankbar, dass er sich für Interreg engagiert, aber bei aller Leidenschaft sollte man glaubwürdig und seriös bleiben. Seriös ist man dann, wenn man nicht in anderer Leute Kasse greift. Im Moment sind

schwierige Verhandlungen im Gang und ich bin dezidiert der Auffassung der deutschen Bundesregierung, wonach der vorgeschlagene Finanzrahmen der EU so nicht gehalten werden kann, sondern wie in allen nationalen Haushalten reduziert werden muss. Deswegen sollten wir nicht zu solchen Appellen greifen; es reicht, wenn wir sagen, dass uns das Anliegen sehr wichtig ist. Ich bin auch überzeugt, dass Interreg im neuen Finanzrahmen seinen Platz finden wird.

Herr FREY:

Zu seriöser Politik im trinationalen Bereich gehört, dass man Lösungen sucht. Mein Lösungsvorschlag wäre, die Bedenken des Kollegen STAECHELE aufzunehmen, aber dennoch eine Formulierung zu finden, die einen Appell ausdrückt, dass Interreg nicht gekürzt werden darf. Ich schlage vor, den Punkt 7 so zu ergänzen: „*appelliert an die nationalen Regierungen, die Pläne für eine Reduktion des EU-Budgets 2014-2020 fallen zu lassen*“. Es ginge also nicht um eine Forderung, mehr Gelder zu erhalten, sondern darum, zumindest den heutigen Bestand zu halten, weil tatsächlich eine Gefährdung, wie Herr HOEFFEL sie auch beschrieben hat, besteht.

Herr HERSBERGER:

Ich bin nicht der Meinung, dass die Schweizer Delegation Europa sagen sollte, wie sie den Haushalt auszugestalten hat. Da enthalten wir uns mit Überzeugung der Stimme und ich hoffe, dass die Delegation gleicher Meinung ist.

Herr Jean-Marie BELLIARD:

Wie Sie wissen, ist die Region Elsass die Verwaltungsbehörde für die Bearbeitung der Interreg-Anträge. Was die allgemeinen Auskünfte angeht, die wir aus Brüssel erhalten, sage ich mit aller Vorsicht und rein grundsätzlich: Wir sollten keine Haushaltskürzung erfahren. Das ist eine positive Nachricht, die uns schon mehrfach zu Ohren gekommen ist.

Was nun den kommenden Planungsabschnitt betrifft, so werden wir unsererseits Orientierungen innerhalb des Gesamtbudgets festlegen müssen. Wir werden wohl zum gegebenen Zeitpunkt gemeinsam mit Frau Bärbel SCHÄFER, der Vorsitzenden des Monitoring-Ausschusses – ich bin meinerseits Vorsitzender des Interreg-Arbeitsausschusses – die prioritären Ausrichtungen für die Verwendung der Interreg-Gelder bestimmen und in diesem Zusammenhang haben wir uns gemerkt, denke ich, dass der Arbeitsmarkt eine wichtige Priorität darstellt. Aber es müssen dann auch einige Kollegen sich der Tatsache beugen, dass wenn man bestimmten Ausrichtungen den Vorrang gibt, dies womöglich Kürzungen bei anderen Programmen hervorruft. Es obliegt allerdings uns, innerhalb unseres Gebiets, diese Haushaltszuordnungen festzulegen.

Herr STÄCHELE:

Es gibt vielleicht, Kollege FREY, einen guten Kompromiß. Wir sagen: „*Wir appellieren, dass der künftige finanzielle Rahmen für Interreg den gleichen Stellenwert behält wie bisher*“.

Herr HERSBERGER:

Es scheint mir, dass ein innerdeutscher Kompromiss gefunden worden ist, den die anderen Länderdelegationen mittragen. Besten Dank.

Herr Dr. Christoph SCHNAUDIGEL:

Ich habe noch eine Anregung zur Resolution Bilingualität und zwar haben wir im Pamina-Raum das konkrete Problem, dass die deutsche Seite die Ausbildungsabschlüsse von Erzieherinnen in bilingualen Tagesstätten nicht anerkennt. Das ist ein großes Problem, weil wir in Karlsruhe genau solche Stätten haben. Wir sind von Pamina aus schon aktiv geworden. Das könnte man vielleicht ergänzend noch mit aufnehmen. Ich weiss nicht, wie es für Rheinland-Pfalz ist, aber in Baden-Württemberg fehlt diese Anerkennung für bilinguale Tagesstätten.

Frau SCHLEICHER-ROTHMUND:

Ich würde dieses umfassende Thema lieber als eigenen Punkt in der Kommission aufrufen. Es hat mit der Frage zu tun, ob wir jetzt die Ausbildung der Erzieherinnen reformieren, ob wir

auf ein akademisches Niveau gehen, was bewirkt das auf die Bezahlung der Erzieherinnen usw.

Herr HERSBERGER:

Die Kommission von Frau SCHLEICHER-ROTHMUND hat das aufgenommen und der Antragsteller ist damit zufriedengestellt.

Herr Jean-Laurent VONAU:

Herr Präsident, Sie erwähnten einleitend, dass das Elsass, sich auf dem Wege zu einer einheitlichen Gebietskörperschaft befinde. Leider ist diese noch nicht ins Leben gerufen worden. Im Rahmen der Resolution Bilingualität möchte ich auch in dieser Hinsicht die wichtige Rolle beider Departements, des Bas-Rhin und des Haut-Rhin, hervorheben. Ich würde mich freuen, wenn man sie bei diesem Vorgehen beteiligen würde. Man sollte also auf irgendeine Weise die Bemühungen beider Departements zugunsten der Zweisprachigkeit und der Regionalsprache erwähnen und zwar einerseits im Hinblick auf die Éducation Nationale (die franz. Schulbehörde), angesichts ihres äußerst hohen Haushalts und andererseits auf das OLCA (*Amt für Sprache und Kultur im Elsass*), eine Einrichtung, die von uns zwecks Förderung der Regionalsprache subventioniert wird. Wir führen derzeit eine umfangreiche, gebietsweite Überlegung, um neue Wege zu finden, wie man die Ausübung sowohl der deutschen wie auch der elsässischen Sprache neu anregen kann.

Herr HERSBERGER:

Ich schlage vor, dass wir Ihr Anliegen über die Adressierungen der Resolution lösen und sowohl den Conseil Général du Haut-Rhin wie auch den Conseil Général du Bas-Rhin aufnehmen. Dann können diese reagieren und ihre individuellen Bedürfnisse bzw. Erfahrungen in die Reaktion einbringen. Sind sie damit einverstanden? Besten Dank.

Weitere Bemerkungen? Dann gehe ich davon aus, dass wir diese fünf Resolutionen einstimmig genehmigt haben. Herzlichen Dank.

7. Code24: Staut sich der Nord-Südverkehr Rotterdam-Genua am Jura?

Herr HERSBERGER

Ich darf jetzt überleiten zu zwei Impulsreferaten zu Themen, die wir nachher mit unseren Vorstandsresolutionen aufnehmen werden. Ich begrüße Herrn Felix GÜNTHER, den „Monsieur Code24“ der ETH Zürich; er ist Projektleiter bei Herrn Prof. Bernd SCHOLL. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen gemerkt, dass dieses Raumordnungsinstitut langsam aber sicher zu einem Fürsprecher für die Oberrheinregion wird, ist doch Prof. SCHOLL diese Woche in Bern, um das Schweizer Parlament von der Notwendigkeit eines Ausbaus des Basler Hafens mit einem neuen Container-Terminal zu überzeugen. Und Herr GÜNTHER ist heute bei uns, um über das Interreg-Projekt Code24 zu sprechen.

Herr GÜNTHER, staut sich der Nord-Südverkehr von Rotterdam nach Genua an der Jurakette? Wir sind gespannt auf Ihre Beurteilung.

Referent: Herr Felix GÜNTHER, Projektleiter Code24, ETH Zürich (Folien S. Anhang)

Herr Präsident, besten Dank für die Gelegenheit, Ihnen heute unser Projekt vorstellen zu dürfen. Meine Damen und Herren, diese Frage haben wir uns vor etwa acht Jahren gestellt. Sie haben gehört: Es geht um Eisenbahn. Der Lastwagenverkehr staut sich ja bereits heute. Es wird sich in Zukunft auch der Eisenbahnverkehr stauen. Wir haben es hier mit einem Korridor zu tun, der in Europa zentral ist. Etwa 70 Mio. Menschen leben an diesem ERMTS-Korridor zwischen Rotterdam und Genua, einer der wichtigen Wirtschaftsregionen unseres Kontinents mit 700 Mio t Fracht auf der Schiene - Tendenz zunehmend - und etwa die Hälfte der gesamten europäischen Nord-Süd-Schiene.

Wir sehen hier unterschiedliche Ansichten über das, was auf diesem Korridor geschehen soll. Wie Sie wissen, möchte die EU den Abbau von Handelshemmnissen und den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften. Dann gibt es noch die Verordnung zur Präferenz des Güterverkehrs, die wir schon einmal in diesem Kreise diskutiert haben. Dann hat die Nationalebene auch gewisse Kompetenzen und darf über Infrastrukturnetze in diesen Ländern beschließen. Es gibt Konzepte, wie z.B. das Schweizer Städtenetz, die Metropolregionen usw., aber die Raumordnung ist kompetenzmäßig auf der tieferen Ebene der Regionen verankert. Üblicherweise haben wir es hier mit einer Innenentwicklung, gestützt auf einen leistungsfähigen Nahverkehr zu tun – also, einiges an Konfliktstoff, Kompetenzen und Thematik.

Wir haben uns bei unseren Erkundungen entlang des Korridors mit einigen Partnern zusammengefunden und gesehen, dass eigentlich die Themen von Rotterdam bis nach Genua ziemlich ähnlich sind. Das hat auch dazu geführt, dass sich eine ganze Reihe von Partnern (Bild: Sie sehen hier 15 Partner, die auch im Rahmen von Interreg von der EU kofinanziert werden), von den Häfen über die Regionen, wissenschaftliche Institute bis hin zu den Eisenbahnunternehmen (hinter dem Kürzel EEIG verbergen sich die Netzbetreiber), sowie private Unternehmen aus Logistik oder Planung zusammengetan haben. Diese Gruppe hat sich zu einem Interreg-Projekt entschieden, das 2010 auch genehmigt wurde und vor allem als erstes Projekt von der EU als strategische Initiative ausgezeichnet wurde.

Wir sind nicht die ersten, die auf diesem Korridor etwas machen: Es gibt bereits eine Koordinierung der Netzbetreiber, die über die ERMTS-Diskussion mit einem Koordinator die Fragen der technischen Koordinierung angehen. Aber die regionalen Fragen haben bis heute noch keinen Fürsprecher. Unsere Gruppe, Code24 (Abk. für *Corridor Development des Korridors 24*) möchte in diese Lücke springen. Wir haben das letzte Woche mit Vertretern der EU-Kommission in Brüssel diskutiert; es besteht Interesse, unsere Gruppe in die zukünftige Plattform, welche die Koordination dieses Korridors übernehmen wird, zu integrieren.

Ich möchte Ihnen jetzt kurz zeigen, welche Themen wir bearbeitet haben. Sie kennen das sicher aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: Sie wissen sehr gut, was Sie selbst tun, aber es ist sehr schwer zu wissen, was Ihre Nachbarn tun, vor allem wenn das Gebiet über tausend Kilometer lang ist. Darum haben wir uns in einem ersten *work package* (WP1), das die ETH Zürich leitet, mit der Rahmen- und Infrastrukturentwicklung beschäftigt, um überhaupt erst eine Übersicht zu erarbeiten. Das sog. *work package 2* (WP2) befasst sich dann mit Umweltauswirkungen wie Lärm, Kompensationsmaßnahmen usw.; WP3 mit den Anliegen der regionalen Wirtschaft und der Logistik; WP4 mit der Kommunikation des Themas und der Projektergebnisse. Das Ganze ist nicht so angelegt, dass es dann enden soll, sondern es ist geplant, es in einen europäischen Zweckverband überzuführen, ein EGTC (*European Grouping of Territorial Cooperation*), das im Herbst aus der Taufe gehoben werden sollte.

Einige Erkenntnisse über den Sachstand, die wir in unserem Korridor-Infosystem zusammengefasst haben: Diese haben wir mit unseren Partnern in elf regionalen Workshops erarbeitet. Bis heute haben sich daran knapp 300 Teilnehmer aus den verschiedenen Regionen beteiligt. Sie sehen es hier, es gibt viele Projekte, die entlang des Korridors zur Behebung von Engpässen geplant sind. Kostenpunkt zusammen: etwa 40 Milliarden. Sie wissen, dass dieses Geld in den kommenden Jahren nicht zur Verfügung stehen wird. Wie es jetzt aussieht, dauert es etwa vierzig Jahre, bis alles verwirklicht ist.

Es kommen natürlich Fragen auf wie diese: Könnten die Waren nicht von Süden her angeliefert werden? Dann hätten wir z.B. am Oberrhein nicht so viele Güterzüge auf der Strecke. Sie sehen hier (Folie 10 Entwicklung der Seehäfen) wo investiert wird: (in blau) Die Mengen der Waren, die heute umgeschlagen und (in hellblau) die Warenmengen, die in Zukunft umgeschlagen werden. Etwa 35 Milliarden Euro werden hier in den nächsten fünfzehn Jahren in diese Erweiterungen investiert, also, etwas schneller, als der Ausbau der Strecke. Es investieren auch die Kommunen. Hier ein Beispiel: Europaviertel Frankfurt. Man sieht aber auch schon hier, in Liestal oder in Basel, dass gebaut wird. An der ganzen Achse

entlang wird heute schon für etwa 30 Milliarden gebaut. Es bewegen sich die Gemeinden, die Regionen und die Häfen im Bereich der Innenentwicklung. Jetzt ist die Frage: Was passiert, wenn sich die Infrastruktur *nicht* bewegt?

Auf Folie 12 sehen Sie die Warenflüsse, die wir heute auf dem Korridor haben; rechts die Warenflüsse auf der Schiene, links auf dem Fluss. Was passiert, wenn der Fluss in Basel endet und es muss in Zukunft umgeladen werden? Es gibt grundsätzlich drei Strategien, welche die Stakeholders verfolgen: Eine Gruppe möchte hier eine Güterlinie. Die Güterlinie geht davon aus, dass Erreichbarkeit für das Wohlbefinden und die wirtschaftliche Entwicklung zentral ist, d.h. Vorrang für den Güterverkehr, der die beiden starken Hafen-Cluster (Northern Range und italienische Mittelmeer-Häfen) mit dem Kontinent verbindet. Also Code24 wird zum Logistik-Rückgrat von Europa. Der Schnellverkehr für Güter und Passagiere geht dann zwischen den Hauptstädten rundherum im Kreis.

Zweitens gibt es die regionale Sicht (Folie 15 Super S-Bahn): Man möchte die S-Bahnnetze ausbauen, sie zweckmäßig miteinander verbinden; das wäre das Rückgrat des Europa der Regionen. Die Konflikte: Wer aber erhält die günstigen Lagen an den Bahnhöfen, die Logistik oder die Siedlungsentwicklung? Drittens (Folie 16 Centralline) hätten wir die Verschiebung der Arbeitnehmer über große Strecken, das Zusammenwachsen von Europa und Hochgeschwindigkeit zwischen den etwa sechs großen Metropolregionen, die wir hier verbinden, — was China uns heute vormacht: 1.200km fährt man heute dort in drei Stunden. Aber wollen wir das?

Wenn sich diese drei Gruppen miteinander streiten entstehen drei Hauptkonfliktlinien:

Eine erste Lagebeurteilung - Drei Hauptprobleme: (Folie 17)

- 1) Hochgeschwindigkeit und Hochkapazität in ländlichen Räumen (Minimieren von Umwelteinflüssen)
 - Emmerich-Oberhausen
 - Mittelrheintal
 - Oberrheintal
- 2) Trennverkehr in Metropolitanräumen (Erhöhen der Kapazität)
 - Node Oberhausen
 - Node Köln
 - Frankfurt-Mannheim
 - Node Basel
 - Chiasso-Monza
- 3) Konflikte zwischen unterschiedlichen Entwicklungsstrategien (Planungskonflikte lösen)
 - Karlsruhe
 - Offenburg
 - „S-Bahn Innerschweiz“
 - Città Ticino

Die eine kennen Sie vom Oberrhein her mit dem Führen von Hochkapazitätslinien in ländlich attraktive Räume. Dann die Frage der Kapazität überall wo Mißverkehr in den Metropolräumen herrscht, z.B. im Knoten Basel oder hier bei Ihnen in Liestal. Und dann, Konflikte zwischen verschiedenen Entwicklungs- und Siedlungsstrategien des Korridors.

In der weiteren Bearbeitung haben wir uns auf vier wichtige Bereiche beschränkt. Es sind eigentlich fast alle grenzüberschreitende Themen:

- Arnheim-Oberhausen, der Anschluss der holländischen Neubaulinie ans deutsche Netz im Ruhrgebiet
- Frankfurt-Mannheim (immerhin vier Bundesländer betroffen)
- Basel Jura
- Ticino/Norovest (Anschluss zwischen der Schweiz und Nord-Italien, problematisch)

Wir haben 2010 eine erste Untersuchung durchgeführt und versucht, mit Vertretern des Korridors und der Bahnen Lösungen für eine städtebauliche Integration dieses Korridors zu finden. Das hat den Regionen geholfen, mit vereinter Stimme in die Verhandlungen mit der Bahn einzutreten. Wir sind dabei, mit der Region Frankfurt-Mannheim – der Zusammenschluss entstand im Laufe dieses Projekts – eine neue Option zu diskutieren, nämlich weg vom Hochgeschwindigkeitsverkehr hin zu einem Güterverkehr, dieser nicht aber als Bypass, sondern innerhalb der Region verlaufend. Bei der Region Basel/Jura sind wir der Meinung, es müsse etwas geschehen zwischen dem Oberrhein und dem Schweizer Mittelland. Wir haben die Fragestellungen mit den Studierenden untersucht: Logistik, Standorte, was ist geplant und welche Varianten sind heute in Diskussion? Was klar ist, ist dass die Regierungen in Bern deponiert haben, dass man den regionalen Nahverkehr mit Agglomerationsprogrammen, hier (Folie 26 Agglomerationsprogramme) in rot eingezeichnet, möglichst im Viertelstundentakt und immer auf zweigleisigen Strecken, wo auch der Güterverkehr fährt, ausbauen sollte. Sie sehen, wo diese Taktverdichtungen geplant sind. Man rechnet in Zukunft mit Lärmemissionen an diesen Stellen.

Wenn Sie das noch mit den Fragen der offenen Linienführungsdiskussion und der Frage, wo zukünftige Logistikterminal liegen verknüpfen, sehen Sie, dass es eigentlich nur noch in Birrfeld Raum für Logistik ohne Konflikte gibt. Ist das wirklich die letzte Antwort? Wir glauben, man müsste dieser Frage etwas vertieft nachgehen. Einen Punkt werden wir diskutieren, nämlich die Frage der Hafenenwicklung aus der gesamten Region.

Entwicklung der Binnenhäfen (Folie 28)

Beteiligte Partner:

- Region Rhein-Neckar
- Uni Duisburg-Essen
- Regionalverband Ruhr
- Port autonome de Strasbourg
- Port of Rotterdam
- ETH Zürich
- Universität Utrecht
- PTV

Wir haben auch in Brüssel gehört, alle seien neidisch auf Basel, da gebe es bereits eine Prioritätsordnung: Wird im Hafen gewohnt oder wird dieser noch als Hafen genutzt? Ihre europäischen Kollegen haben darin nicht alle den gleichen Vorteil. Darum sind wir der Meinung, dass wir diese Gruppe brauchen, die gemeinsam die Zukunft des Korridors bespricht und es gibt z.Zt. auch gute Gelegenheiten auf diese Fragestellung einzusteigen.

Es gibt die schon erwähnte Connecting Europe Facility, wo mitfinanziert wird, aber wir haben auch eine ganze Reihe von offenen Fragen.

Connecting Europe Facility - Hier kann Code24 etwas beitragen (Folie 30)

- Flaschenhalse limitieren die Kapazität des Korridors 24
- Fehlende finanzielle Ressourcen und Opposition beschränken und verzögern den Ausbau der Strecke und der Logistiknoten
- Verschiedene disziplinäre und räumliche Kompetenzen verlangen ein integriertes Vorgehen in der Planung, sowohl horizontal wie vertikal
- mit der Connecting Europe Facility schlägt die EU ein neues Kofinanzierungsmodell für Infrastrukturen vor
- Maßnahmen gegen die Verzögerung oder Verhinderung des Ausbaus durch Planungskonflikte sind noch zu finden.

Vor allem die Frage der planerischen Ungewissheit haben wir noch nicht gelöst und diese bremst, neben der Frage der Kofinanzierung, die Entwicklung dieses Korridors ganz entscheidend. Wir glauben, dass Code24 in diesem Bereich Unterstützung bieten kann.

(Folie 32: Bankfinanzierung aktuell bis 2013, dann von 2013 bis 2030 Finanzierungsmodell Code24 über Interregionale Infrastrukturfonds, Mitfinanzierung von EU und Staaten inkl. Schweiz, alles noch im Aushandlungsprozess).

Eine unserer Forderungen sehen Sie hier. Wir glauben, dass die Finanzierung eines Ausbaus dieser Strecke an klare Forderungen zu knüpfen ist, nämlich dass es eine regionale Trägerschaft dieser Ausbauten gibt, dass Partizipation bei der Erarbeitung dieser Ausbaustrategien gewährleistet ist und dass sie auf einer integrierten räumlichen Entwicklungsstrategie beruht. Also, weg von einer nationalen Infrastruktur-Finanzierung – der Bahnbetrieb wird heute auch nicht mehr allein national finanziert, sondern Sie werden schon herangezogen – also ist es auch richtig, dass künftige Bedürfnisse gemeinsam finanziert und gemeinsam geplant werden.

Staut sich der Nord-Südverkehr am Jura? Die Frage kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Sie lautet eher: *Welcher* Verkehr wird sich in Zukunft am Jura stauen? Und da brauchen Sie Prioritäten, die gemeinsam zwischen den Vertretern der verschiedenen Verkehrsarten festgelegt werden müssen.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank, Herr GÜNTHER, für diese interessanten Ausführungen.

Herr HOEFFEL:

Der Nord-Südverkehr Rotterdam-Genua, der an sich ein Problem für das Oberrheingebiet ist, wirft eine Frage auf, die schon eine Abnormität darstellt. Wir haben zwischen Rotterdam und Basel, auf der rechten Rheinseite, eine moderne durchgehende Bahnverbindung. Linksrheinisch kann man über moderne Eisenbahnstrecken von Rotterdam bis nach Ludwigsburg und von Straßburg bis nach Basel fahren. Jedoch zwischen Ludwigshafen und Straßburg wurde die moderne Bahnverbindung, die es noch bis vor fünfzig oder sechzig Jahren gab und die das nördliche Elsass und die Pfalz versorgte, allmählich stillschweigend und im Einvernehmen von den zwei Eisenbahnbetreibern, der deutschen und der französischen Gesellschaft, abgeschafft.

Bei allen Bemühungen zur Bewältigung der Nord-Süd-Verkehrsstaus in der Juragegend sollten wir trotzdem im Sinne der Raumordnung in unserem Oberrheingebiet daran denken diese seltsame Lücke eines Tages zu füllen.

Herr GÜNTHER:

Wir denken auch, dass der Einbezug dieser linksrheinischen Strecke für die Lösung zentral ist. Es stellen sich auch einige Fragen, die wir vom Hochrhein her kennen, nämlich, wenn man die Strecke öffnet, wie öffnet man sie, ohne dass auch der Güterverkehr kommt? Wir glauben auch da, dass eine gemeinsame Diskussion der Prioritätenordnung helfen könnte.

8. Trinationale Katastrophenhilfe: Würde sie im Ernstfall funktionieren?

Herr HERSBERGER

Seit 1986, der Katastrophe in Schweizerhalle, ist die Katastrophenhilfe in der Region ein Thema. Man hat zwischenzeitlich die gegenseitige Information verbessert, die einzelnen Katastrophenorganisationen zur Koordination aufgerufen und mit großen Tests beübt. Wer aber die Arbeiten im fernen Japan im März 2011 bei der Aufarbeitung des Reaktorunfalls Fukushima mitverfolgt hat, den beschlich ein ungutes Gefühl: Wäre die Katastrophenhilfe in der Metropolregion Oberrhein wirklich gewappnet? Nach zahlreichen Gesprächen und hunderten von Seiten Lektüre, davon sechzig eines Berichts aus Bern, heißt meine Antwort, wie so oft, Jein. Vieles ist korrigiert, vieles bleibt zu tun.

Dies ist auch nicht weiter erstaunlich, denn wir haben in unserer Metropolregion einige Elemente, die eine effiziente Arbeit erschweren. Wir haben verschiedene Sprachen, unterschiedliche Entscheidungsstrukturen in den verschiedenen Ländern, Kantons- und Landesgrenzen, unterschiedliche Mentalitäten und Prioritäten und dazu noch

unterschiedliche Kommunikationsnetze und -techniken. Japan ist immerhin ein Land von einem Meer umgeben, mit einer Sprache und einer Mentalität. Wenn wir also jetzt glauben, dass wir das automatisch besser machen würden, dann ist das schon fast überheblich.

Wir tun deshalb gut daran, das Problem zu adressieren. Wir haben uns mit der Übung SEISMO, die vom 8. bis 10. Mai in unserer Region stattgefunden hat, als erstes auseinandergesetzt. Allerdings haben die Franzosen aus nachvollziehbaren Gründen gar nicht mitgemacht, die Deutschen zeitlich begrenzt; die Schlussfolgerungen sind deshalb entsprechend bescheiden. Jetzt versuchen wir es auswärts. Wir haben bei uns Oberst i. Gst. Niels BLATTER, Kommandant der Genieschulen 74 in Bremgarten, der die TERREX 12, eine entsprechende Katastrophenübung im Raum Bodensee, ebenfalls trinational ausgeführt hat. Aber mit Deutschland, Österreich und der Schweiz ging es vielleicht einfacher. Wir sind jetzt gespannt auf Ihre Ausführungen.

Referent: Oberst i.Gst. Niels BLATTER

Sehr geehrter Herr Präsident, die nachfolgenden Erfahrungen beruhen im Wesentlichen auf dem trinationalen Erfahrungsbericht, welcher im Anschluss an die Übung TERREX 12 von allen beteiligten Militärkommandos verfasst und unterzeichnet wurde.

Vom 22. bis 24. Mai 2012 wurde die groß angelegte zivilmilitärische trinationale Katastrophenschutzübung TERREX 12 durchgeführt. Bei dieser Übung wurde der grenznahe und grenzüberschreitende Hilfeinsatz von militärischen und zivilen Kräften im Rahmen einer Katastrophenlage geprobt. Das Übungsszenario: Zu Beginn wurde ein starkes Erdbeben in der definierten Alpenregion geschildert (Füssen/Reutte, Kufstein-Brannenburg sowie Konstanz am Bodensee). Durch eine anhaltende Schlechtwetterlage im Vorlauf zu diesem großräumigen Erdbeben wurden einerseits die vorhandenen Einsatzkräfte bereits stark beansprucht und bereits eingesetztes ziviles Gerät wie Baumaschinen abgenützt, andererseits verursachten die Folgewirkungen des schlechten Wetters weitere Schäden. Diese Schäden waren unter anderem: großflächige Hangrutsche, mehrere zerstörte Brücken und unterspülte Gleisanlagen. Des Weiteren gab es von der Umwelt abgeschnittene Ortschaften und dadurch eingeschränkte Strom- und Trinkwasserversorgung, eingestürzte bzw. beschädigte Gebäude sowie größere Treibholzfelder auf dem Bodensee.

Das Übungsziel war die praktische Erprobung des grenzüberschreitenden zivilen und militärischen Hilfeinsatzes. Zu diesem Zweck wurden Verbindungskommandos und Truppenteile ausgetauscht sowie in der vorgelagerten Übung TERREX 11 entwickelte Verfahren und Abläufe anhand von Checklisten trainiert. TERREX 11 basierte auf demselben Szenario. Hauptbeübte waren dort jedoch nur die Stäbe ohne Truppen.

Auf deutscher Seite waren neben dem Wehrbereichskommando IV-Süddeutschland die Katastrophenschutz- bzw. Krisenstäbe des Freistaates Bayern und des Landes Baden-Württemberg beteiligt. Aus Österreich nahmen neben dem Militärkommando Tirol Soldaten aus der Miliz und aus zugeteilten Truppen an der Übung teil. Von ziviler Seite waren die Landeseinsatzleitung Tirol sowie die Sicherheits-Direktion für Tirol beteiligt. Aus den Bezirken Kufstein und Reutte waren deren Einsatzleitungen mit verschiedenen Blaulichtorganisationen und ihre Krisenstäbe sowie weitere Partner im Einsatz. Die Schweiz beteiligte sich auf der militärischen Seite mit dem Kommando der Territorialregion 4, dem kantonalen Territorialen Verbindungsstab des Kantons Thurgau, dem Katastrophenhilfebataillon 4 sowie mit Mitteln aus dem Kommando Katastrophenhilfe-Bereitschaftsverband. Auf der zivilen Seite nahmen die Führungsorganisationen der Kantone Thurgau und Graubünden sowie verschiedene Gemeindeführungs- und Blaulichtorganisationen aus dem Kanton Thurgau an der Übung teil. Insgesamt waren ca. 2500 Militärpersonen, ca. 2000 zivile Einsatzkräfte, ca. 400 Militär- und ca. 250 zivile Fahrzeuge im Einsatz.

Zum Zweck der Übungssteuerung und Übungsauswertung wurde eine trinationale zivil und militärische Steuergruppe mit Sitz beim Wehrbereichskommando IV in München eingerichtet. Diese war verantwortlich für eine systematische Beurteilung. Sie bildete mit den jeweiligen

Lageführungssystemen die Lage ab und trug damit unter anderem zur Verifizierung von zivilen und militärischen Lagebildern in Echtzeit bei.

Die intensive Vorbereitungszeit mit zahlreichen trinationalen Konferenzen und Arbeitsgruppenbesprechungen in München, Innsbruck und St. Gallen hat bei allen Nationen bereits vor der eigentlichen Übung einen hohen Erkenntnisgewinn erzielt. Besonders erwähnen möchte ich hier Folgendes:

- Das gegenseitige Kennenlernen der „Akteure“ auf allen Ebenen - Getreu dem Motto: „KKK“ (In Krisen Köpfe kennen).
- Zudem wurde die gegenseitige Kenntnis der jeweiligen Fähigkeiten und Verfahren im zivil-militärischen Katastrophenhilfeeinsatz erweitert.
- Auch wurde die Kenntnis der jeweiligen zwischenstaatlichen Verfahren und Vereinbarungen vertieft.
- Weiter wurde der Grundstein zur Erstellung eines trinationalen Übungshandbuchs zur Koordination des grenzüberschreitenden Katastrophenhilfeeinsatzes inklusive Checklisten gelegt.
- In dieser Vorübungsphase wurde zudem die Notwendigkeit des Einsatzes von Verbindungskommandos / Verbindungsoffizieren möglichst auf allen Ebenen sowohl militärisch als auch zivil erkannt.

Der rege Schriftverkehr hat u.a. zur Erkenntnis geführt, dass nationale Abkürzungen so weit wie möglich unterbleiben sollen. Auch haben unterschiedliche Sprachen ab und an zu Missverständnissen geführt. Als Beispiel seien die französisch bzw. italienisch sprechenden Schweizer Soldaten erwähnt.

Die an den drei Hotspots praktizierte Trinationalität hat, abgesehen von geringen Anlaufschwierigkeiten, eigentlich sehr gut funktioniert. So wurden durch den grenzüberschreitenden Hilfeinsatz von zivilen und militärischen Kräften in Brandenburg Gewässer überwunden und Bergungen durchgeführt. In Kufstein wurden Patienten evakuiert und ein Hilfslazarett errichtet und betrieben. Es wurden zerstörte Stromnetze wieder hergestellt sowie Chemieunfälle bewältigt. Des Weiteren wurde eine Schule evakuiert sowie eine Vermisstensuche im Inn durchgeführt. In Füssen/Reutte wurden Notquartiere errichtet und Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen aufgestellt. Es wurden verschiedene Behelfsbrücken gebaut sowie diverse Bergungen und Trümmersuche mit Hunden durchgeführt. Zudem wurden im Raum Konstanz am Bodensee Treibholzfelder durch zivile und militärische Kräfte beseitigt und ein Fahrgastschiff evakuiert. Es wurde des Weiteren ein Grossfeuer bekämpft, um das Explodieren von Gastanks zu verhindern und ein Massenansturm von Verletzten fachmännisch bewältigt.

Welche Übungsziele wurden erreicht?

1. Der angestrebte Grundsatz: Militär nimmt Militär und Zivil nimmt Zivil auf hat ausgezeichnet funktioniert;
2. Die Abholung bzw. Eskortierung der Helfer ab Grenzübergang ist jederzeit durch den Gesuchsteller (also durch den aufnehmenden Staat) erfolgt;
3. Die logistische Unterstützung wurde durch den aufnehmenden Staat sichergestellt (Essen, Benzin, alle möglichen Hilfsgüter);
4. Der Austausch von Verbindungskommandos auf möglichst vielen Ebenen der Militärstäbe sowie im zivilen Bereich zu den Bezirken und Landkreisen hat sich sehr bewährt und als zwingend notwendig dargestellt;
5. Die an den Hotspots praktizierte Trinationalität hat sehr gut funktioniert und eine neue Qualität der Zusammenarbeit erreicht;
6. Die Abläufe bei der Anforderung internationaler Katastrophenhilfe wurden einerseits in Zusammenhang mit dem EU-Mechanismus, andererseits auf Basis der bilateralen Katastrophenhilfeabkommen geübt.

Was hat noch nicht so gut funktioniert?

1. Die Anforderungen bzw. Anfragen der betroffenen Stellen wurden teilweise negativ beantwortet, ohne alle Möglichkeiten geprüft bzw. ausgeschöpft zu haben. Der Satz

„Es geht nicht“ wurde dem Grundsatz „Wie geht es doch?“ fallweise unberechtigt vorgezogen.

2. Betreffend Assistenzanforderungen seitens ziviler Organisationen ist festzuhalten, dass das Militär ausschließlich als subsidiärer Ansprechpartner vorgesehen ist. Uns war klar, dass wenn das Militär Hand bietet, plötzlich zu viel verlangt werden kann. Es braucht deshalb klare Absprachen und protokollierte Abmachungen.
3. Die gegenseitigen Verbindungen würden in einem worst-case-Szenario im trinationalen Bereich möglicherweise zu großen Problemen führen. Dies, weil die Stäbe im Normalbetrieb für die Zusammenarbeit über keine oder nur unzureichende Ressourcen verfügen. Da die Verbindungsmöglichkeiten im In- und Ausland jedoch von entscheidender und somit höchster Wichtigkeit sind, ist die Überprüfung der Auswirkung und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten bei einem Ausfall der Verbindungen (Telephonie und EDV) als mögliches künftiges Übungsziel zu prüfen.

In einem trinationalen und eventuell gar mehrsprachigen Umfeld ist eine gemeinsame Sprache der Schlüssel zum Erfolg! Weiter ist festzuhalten, dass die bestehenden Staatsverträge eine ausreichende Grundlage für die entwickelten und angewandten Verfahren der zivil-militärischen grenzüberschreitenden Hilfeleistung bildeten.

Gestatten Sie mir, Ihnen einige, auch im Hinblick auf mögliche zukünftige Übungen in Ihrem Raum, der Oberrheinregion, bereits eingeleitete Sofortmassnahmen vorzustellen.

- Die verschiedenen bereits vorhandenen Checklisten und Formulare sind als Hilfsmittel für die Stabsarbeit vorgesehen. Es sind keine zusätzlichen Genehmigungspapiere und sollten daher keine aufschiebende Wirkung verursachen.
- Zudem muss die Verwendung dieser Unterlagen in die Ausbildung der verantwortlichen Kommandanten und Leiter der Operationszentralen der Militärstäbe dauerhaft implementiert werden.
- Zur Gewährleistung von Nachhaltigkeit ist eine dauerhafte Aufrechterhaltung der Kommunikation der zivilen und militärischen Katastrophenhilfestäbe empfehlenswert. Dies könnte in Form jährlicher trinationaler Workshops oder einer Informationsplattform dem Ziel der Anpassung an Struktur-, Personal- und Verfahrensänderungen geschehen.
- Die Umwandlung des Übungshandbuches TERREX 11/12 in ein «Handbuch zivil militärische Katastrophenhilfe» mit den Hauptbausteinen Strukturen, Kommunikationsverzeichnis, Fähigkeiten sowie die regelmässige Fortschreibung desselben erscheint zweckmässig.
- Die Wichtigkeit der Fremdsprachenausbildung muss weiter im Fokus der Aus- und Weiterbildung stehen.
- Insbesondere die Prüfung der Kompatibilität und Interoperabilität verschiedener nationaler Fernmeldeausstattungen sowie ein trinationales zivil-militärisches Frequenzmanagement sollte Gegenstand weiterer Untersuchungen sein.

Die gemachten Erfahrungen bilden ein sehr gutes Fundament, auf dem die beteiligten und weitere Nationen künftig aufbauen können, um ihrer Bevölkerung im Katastrophenfall bestmöglich zu helfen.

Herr HERSBERGER:

Herzlichen Dank, Herr BLATTER, das war eine interessante Übersicht über die Komplexität und die grossen Herausforderungen einer trinationalen Katastrophenübung. Aus Zeitgründen verweise ich Fragen auf den anschließenden Lunch.

9. Neue Resolutionsentwürfe des Vorstandes

Resolution Schweizer Beitrag zu Code24

Im Vorstand hatten wir den Eindruck, dass man sich bei dieser Resolution einig ist. Auch mit dem Referat von Herrn GÜNTHER wurde klar, dass die Stauproblematik kommt und die Frage lediglich lautet: Welcher Verkehrsträger hat am meisten darunter zu leiden? Wir

möchten, dass Bern sich damit beschäftigt, dass Engpässe beseitigt werden und nicht einfach nur darauf verwiesen wird, dass Italien und Deutschland mit ihren Bahnlinien auch noch nicht so weit sind, wie sie sein sollten.

Gibt es zu dieser Resolution Fragen, Ergänzungen, Korrekturen? Dies ist nicht der Fall. Dann haben wir diese Resolution einstimmig genehmigt.

Resolution Sicherheit der Atomkraftwerke am Oberrhein und trinationale Zusammenarbeit im atomaren Katastrophenfall

Der eine oder andere von Ihnen hat vielleicht gemerkt, dass die Vorstandssitzung vor der Plenarsitzung doch etwas gedauert hat. Intensiver Diskussionsstoff ergab diese Resolution, einmal mehr ist es aber gelungen, eine Lösung zu finden, mit welcher der ganze Vorstand leben kann. Positiv zu vermerken: Der Hinweis, dass wir die Katastrophenhilfe im trinationalen Raum verbessern wollen, war unbestritten. Die unterschiedlichen Meinungen ergaben sich zum Satz betreffend Schliessung des Kernkraftwerks Fessenheim. Ich lese Ihnen jetzt vor, mit welcher Lösung alle drei Delegationen vorstandseitig leben könnten. Es geht um die zweite der Bitten an die Regierungen der drei Länder. Der Vorstand beantragt, dass diese neu lautet:

„Die Kernkraftwerk-Standorte in der Trinationalen Metropolregion Oberrhein einander gegenüberzustellen und daraus Zeitpläne für deren Schließung und Rückbau vorzulegen [statt zu erarbeiten]. Die Ankündigung des französischen Präsidenten in diesem Zusammenhang, das Kernkraftwerk Fessenheim bis spätestens 2016 zu schließen, wird vom Oberrheinrat zur Kenntnis genommen.“ [statt: wird vom Oberrheinrat ausdrücklich begrüsst.]

Der Rest bleibt unverändert. Das Wort ist frei.

Herr Dr. Christoph SCHNAUDIGEL:

Ich muss auf den nächsten Satz eingehen, da ich Vorsitzender einer solchen Kommission im Landkreis Karlsruhe bin und Wert darauf lege, dass es keine Begleitkommission, sondern eine Informationskommission ist. Unter dem Wort Begleitkommission könnte verstanden werden, dass man da auch politische Beschlüsse oder dergleichen fasst, was nicht der Fall ist. Diese Kommission dient alleine der Transparenz der Informationen über den Standard, die Entwicklung und die Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken.

Herr HERSBERGER:

Danke. Mir scheint diese Korrektur unproblematisch.

Herr Frank SCHERER:

Herr Präsident, ich schlage vor, dass Sie begründen, warum die Schließungsankündigung nicht mehr begrüßt wird, sondern wir sie nur noch zur Kenntnis nehmen sollen. Dann können wir uns auch Gedanken dazu machen.

Herr HERSBERGER:

Das mache ich sehr gerne. Die Formulierung, wie sie ursprünglich gewählt war, hat einen großen Widerstand der gesamten elsässischen Delegation ausgelöst. Für die elsässische Delegation wäre es ein Affront, wenn die Mehrheit des Oberrheinrates einen Entscheid, der in Frankreich sehr umstritten ist, begrüßen würde. Wir haben dann im Vorstand drei Formulierungen geprüft. Die eine wäre gewesen: Die Mehrheit begrüßt diesen Entscheid, während die ganze elsässische Delegation diesen Punkt nicht unterstützt. Die Minorisierung einer der drei Länderdelegationen wäre, auch für mich, nicht im Sinn und Geist des Oberrheinrats. Die zweite Variante war diejenige, die Sie jetzt gehört haben und die dritte war, den Satz ganz zu streichen.

Herr Philippe RICHERT:

Betrachte ich die hier anwesenden elsässischen Mandatsträger, so sind sie alle der Meinung, dass es nicht gut wäre, die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim auf die Weise, wie die Dinge jetzt gelaufen sind, zu beschließen. Wir mussten schon andere ähnlich

geartete Entscheidungen erfahren. Ich sage es in meinem Namen wie auch im Namen von Charles BUTTNER und den anderen hier anwesenden Mandatsträgern: Wir können uns nicht über eine Entscheidung freuen, die im Gegensatz zu dem steht, was wir alle denken.

Wenn Sie sich über das, was im Elsass gegen den Willen der Elsässer geschieht, freuen wollen, dann ist das Ihr gutes Recht, aber wir wollen daran nicht Teil haben. Es gibt also zwei Möglichkeiten: Entweder die Mehrheit des Oberrheinrats freut sich, aber dann muss man auch klar sagen, dass die elsässischen Mandatsträger sich *nicht* freuen. Oder der Oberrheinrat nimmt die Schliessung zur Kenntnis – dann besteht keine Schwierigkeit mehr. Die restliche Resolution wirft für uns keinerlei Probleme auf. Es gibt noch die Möglichkeit diesen Satz ganz zu streichen.

Herr HERSBERGER:

Ich selber komme aus einem kleinen Dorf, das ab und zu vom Kanton majorisiert wird. Hier sprechen wir nicht von einem kleinen Dorf, das majorisiert würde, sondern wir sprechen vom Elsass und von der französischen Delegation im Oberrheinrat.

Herr FREY:

Ich gehe davon aus, dass die deutschen Mitglieder im Vorstand die Stimmungslage der deutschen Seite wiedergegeben haben, nämlich, dass wir eine frühere Schließung begrüßt hätten. Insofern bedeutet dieses zur Kenntnis nehmen einen Kompromiss zwischen der Begrüßung des Schliessungsentscheids und unserer Enttäuschung, dass es zu lange geht.

Herr Heinrich UEBERWASSER:

Wir sind an einem zentralen Punkt des Oberrheinrats angelangt. Warum komme ich hierher? Ich komme hierher, um die Auffassungen unserer Nachbarn kennenzulernen. Jetzt bin ich in einer Situation, in der ich nicht weiss, warum die französische Delegation – ich kann es mir vorstellen, aber ich weiss es nicht – diese Meinung hat. Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder man schreibt einen Satz wie „Wir nehmen zur Kenntnis“, der nichts bringt, der die Funktion des Oberrheinrats auch nicht mit Leben erfüllt. Oder wir interessieren uns für die Haltung der französischen Seite und verschieben den Beschluss. Ich bitte Sie, das zu tun und das Thema in der zuständigen Kommission zu vertiefen. Ich bin sehr daran interessiert zu erfahren, was die französische Seite denkt, wie sie vorgehen will und wie wir sie unterstützen können.

Herr HERSBERGER:

Verschieben ist nicht immer eine Verbesserung.

Frau Gabi ROLLAND:

Zum einen etwas Formales: Eine Kenntnisnahme kann man nicht beschließen, sondern man nimmt zur Kenntnis oder nicht. Ich glaube, wir haben alle zur Kenntnis genommen, was der französische Präsident zu Fessenheim gesagt hat.

Ich lebe im direkten Einzugsbereich des Atomkraftwerkes Fessenheim und mein politisches Leben ist durchwirkt von einer sehr deutlichen politischen Haltung zu Fessenheim, d.h. ich habe immer sowohl im Gemeinderat der Stadt Freiburg wie jetzt auch im Landtag von Baden-Württemberg sehr deutliche Worte gefunden. Wenn wir heute nicht begrüßen, dass es aus Frankreich dieses Signal gibt, dass der älteste Reaktor Frankreichs an der Grenze zu Deutschland abgeschaltet und zurückgebaut wird, dann empfinde ich das als einen Rückschritt. Ich bin viel vor Ort in Fessenheim, bei Demonstrationen, und ich treffe von Mal zu Mal mehr französische Bürger und Bürgerinnen, die auch dieser Meinung sind.

Wir sollten im Oberrheinrat den Mut haben zu sagen, was wir in einer Mehrheit wollen. Die Schliessung zu begrüßen wäre auch ein Schritt der Oberrheinregion hin zur Energiewende. Die Energiewende machten wir vorhin mit der Resolution zur Erhöhung der regenerativen Energien an der Stromerzeugung deutlich und sie ist auch in den Sitzungen fast aller Kommissionen ein wichtiges Thema. Ich fände es das richtige Zeichen, hier zusammen in dieser Jubiläumssitzung zu sagen: „Jawohl, das ist eine richtige Entscheidung“.

Ich fände es auch gut, wenn wir die Hand ausstrecken und sagen würden: In Baden-Württemberg machen wir z.Zt viele Erfahrungen mit dem Rückbau eines Atomkraftwerkes in Obrigheim, um zu zeigen, wie so etwas funktionieren kann. Ich kann durchaus nachvollziehen, welche Sorgen in Fessenheim und in der Umgebung bestehen, was Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde angeht. Deswegen meine ich schon, dass wir darin unterstützend wirkend sollen. Aber wir sollten heute begrüßen, dass dieser Durchbruch endlich geschafft worden ist.

Herr Helmut RAU:

Lieber Philippe, ich habe verstanden, dass Ihr die Abschaltung nicht wollt. Es geht mir aber wie dem Kollegen UEBERWASSER, dass ich nicht verstanden habe, warum Ihr sie nicht wollt. Ich für meine Seite begrüße die Abschaltung von Fessenheim und will von dieser Meinung nicht abrücken. Aber ich sehe auch, dass wir hier eine besondere Verpflichtung haben, zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen und würde ggf. einen solchen Kompromiss mittragen. Aber es wäre mir wichtig zu erfahren, was aus Eurer Sicht die Gründe sind, warum ausgerechnet dieses Kernkraftwerk, das nun mal ein französisches ist, aber fast auf der Grenze steht und somit natürlich auch Auswirkungen nach Deutschland hat, was dieses Kernkraftwerk so wertvoll macht, dass man es nicht schließen sollte.

Herr RICHERT:

Ich möchte nicht, dass aufgrund meiner knappen Aussage der Eindruck entsteht, dass es uns an einer Begründung fehle. Ich bedanke mich bei den Kollegen für die Erklärungen und Begründungen, warum sie sich freuen. Ich spreche hier vor Charles BUTTNER und insbesondere vor den anwesenden Generalräten, welche die Angelegenheit des Kernkraftwerks bearbeiten: Sehr geehrte Frau ROLLAND, wir bearbeiten und verfolgen diese Angelegenheit wie es sich gehört. Und wir treffen uns dabei regelmäßig mit Leuten, die dafür sind und Leuten, die dagegen sind.

Die Entscheidung, mit der wir heute in Frankreich konfrontiert werden, beruht auf einer rein politischen Absprache, die in der Zeit der Präsidentschaftswahlen getroffen wurde. Mit anderen Worten, man hatte sich etwas einfallen lassen müssen, was man den französischen Grünen schenken konnte, damit sie bereit waren, den damaligen Kandidaten François HOLLANDE zu unterstützen. Wir können nicht dulden, dass das Elsass zum Gegenstand eines politischen Tauziehens wird, bei dem man ein Vorhaben nur verkauft, damit eine politische Partei eine andere unterstützt. So ist es aber geschehen: Die Grünen haben dem Kandidaten HOLLANDE ihre Unterstützung unter der Bedingung versprochen, dass er als künftiger Präsident die Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim beschließt bzw. ankündigt. Das Gleiche war schon früher mit dem Grand Canal Rhin-Rhône passiert; alles wurde damals im Vorfeld ausgemacht, auch die Finanzierung. Dominique VOYNET hatte dann eine Entscheidung gefällt und das Elsass war der Leidtragende solcher politischer Abmachungen. Wir können – zum Ersten – nicht hinnehmen, dass das Elsass zum Gegenstand derartiger Geschäfte wird.

Zum Zweiten: Das Kernkraftwerk Fessenheim ist ein Jahr älter (es betrifft den einen Reaktor) als ein anderes Kernkraftwerk. Man soll mir nicht erzählen, dass dieses eine Jahr mehr dazu führen muss, dass man die Stilllegung des Kernkraftwerks beschließt, während alle anderen Kernkraftwerke, die ein Jahr jünger sind, von diesem Vorhaben nicht betroffen sind. Es handelt sich also um ein gezieltes Vorhaben. Man hat sich vorgenommen, im Elsass ein Exempel zu statuieren, eben um diesen allgemeinen Konsens der Grünen zugunsten einer bestimmten Regierung zu erwirken.

Wir sind hingegen der Ansicht, dass es um eine Sicherheitsfrage geht. Es wurden von der unabhängigen Behörde für nukleare Sicherheit Studien erstellt, die aussagen, dass dieses Kernkraftwerk nicht mehr Probleme hat als andere, dass man aber eine gewisse Anzahl von Arbeiten daran durchführen muss. Der Beschluss zu diesen Arbeiten wurde schon gefasst. Die Durchführung dieser Arbeiten ist also vorgesehen. Und wenn dies geschehen ist, will man die Anlage stilllegen. Gestatten Sie mir, dass ich daraus auf eine gewisse Inkonsequenz in der Reihenfolge der Entscheidungen schliesse. Ich verstehe, dass aus verschiedenen politischen und persönlichen Gründen einige in allen möglichen politischen Gruppierungen

diese Stilllegung herbeisehnen. Ich verstehe auch, dass in der unmittelbaren oder entfernten Umgebung dieses Kernkraftwerks einige dafür sind. Was wir aber nicht akzeptieren können ist, dass man behauptet, eine genehmigte Stellungnahme sei in der Angelegenheit dieses Kernkraftwerks erforderlich. Eine solche genehmigte Stellungnahme wurde für die anderen Kernkraftwerke abgegeben. Es ist im Falle Fessenheim etwa die gleiche Stellungnahme wie bei den anderen Kernkraftwerken, aber die Entscheidung zur Stilllegung betrifft eben nur dieses Kernkraftwerk.

Von da ausgehend können wir als Mandatsträger nicht dulden, dass wir als Beispiel herhalten für politische Abmachungen und für Entscheidungen, die in Wirklichkeit nur auf Beziehungen zwischen gewissen Leuten begründet sind und nicht auf einer richtigen Bearbeitung dieser Frage. Ich möchte nebenbei noch erwähnen, dass die Bürgermeisterin von Fessenheim, – die mit den gleichen Befugnissen ausgestattet ist und die gleichen Verantwortungen trägt wie andere Bürgermeister – die Auffassung weitgehend teilt, die bei uns vorherrscht. Wir sind zur Erkenntnis gekommen, dass jener Beschluss nicht aus Gründen der Sicherheit, sondern als reiner politischer Schachzug gefasst wurde. Und deshalb können wir ihn nicht billigen.

Herr HERSBERGER:

Merci, Philippe. Ich möchte einen Versuch starten, etwas Bauch aus dieser Diskussion zu nehmen – ganz generell. Diese Resolution besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil verlangen wir 1.) dass die Katastrophenorganisation konsequent trinational und auch auf atomare Ernstfälle ausgerichtet wird und 2.) dass die Kernkraftwerke am Oberrhein nach einheitlichen Kriterien beurteilt werden. Ich glaube, diese zwei Forderungen sind konsensfähig.

Im zweiten Teil, bei den Bitten an die nationalen Regierungen, geben wir mit der neu vorgeschlagenen Formulierung eigentlich nur eine Tatsache wider, nämlich, dass Monsieur Hollande angekündigt hat, dass er dieses Werk bis spätestens Ende 2016 schliessen wolle. Wir führen keine Grundsatzdiskussion, ob wir Fessenheim offen halten, weiter produzieren lassen oder schließen sollen. Ich kann mit diesem Kompromiss gut leben.

Herr FREY:

Herr RICHERT, ich teile Ihre Analyse nicht. Aber, ich möchte mich beim Präsidenten rückversichern. Wenn eine gesamte Delegation des Oberrheinrats einer Resolution nicht zustimmt, kann diese laut Geschäftsordnung nicht verabschiedet werden, ist das richtig?

Herr HERSBERGER:

Nein. Grundsätzlich versucht der Oberrheinrat eine Entscheidung „à l’unanimité“ (*einstimmig*) durchzuführen. Wenn das nicht gelingt, versucht er es mit einer Zweidrittel-Mehrheit und wenn auch das nicht geht, gilt das einfache Mehr.

Herr STÄCHELE:

Die Zweidrittel müssen mindestens fünfzig Prozent der Versammlung sein. So ist momentan die Regelung von Artikel 9.

Herr HERSBERGER:

Danke, Willi. Ich bin absolut der Meinung, dass wir nicht versuchen sollten, eine geschlossene Länderdelegation bei etwas, das auf ihrem Grund und Boden passiert, zu überstimmen. Solche Mehrheitsentscheide sind meistens Pyrrhussiege.

Herr BÄUERLE:

Wir haben dieses Thema wiederholt intensiv diskutiert und auch heute werden wir keinen Beschluss hinbringen, der uns zufriedenstellt. Ich denke auch, dass es dem Oberrheinrat nicht zusteht, sich über die Stimmungslage und Sichtweise einer kompletten Delegation aus einem Partnerland hinwegzusetzen.

Aus diesem Grunde und auch mit Blick auf unsere Aufgabenstellung sowie die Gepflogenheiten, die uns über viele Jahre auszeichnen, würde ich gerne dem Vorschlag von Herrn UEBERWASSER folgen, den Resolutionsentwurf an die Kommission rückzu

überweisen. Dies auch mit Blick auf unsere letzte Vorstandssitzung, wo auch die Robustheit und der Zustand des Kernkraftwerks Beznau diskutiert wurden. Wir haben sicherlich auch auf Schweizer Gemarkung noch das eine oder andere Thema zu diskutieren. Hier würde mir Gründlichkeit und Einvernehmen vor Schnelligkeit gehen. Die Fragestellung ist im Frühjahr noch hundertprozentig so aktuell wie heute.

Herr STÄCHELE:

Lieber Kollege BÄUERLE, ich würde in dem Fall doch noch den Versuch machen, eine Position zu beziehen. Ich habe bei der neuen Formulierung besagten Satzes etwas miteingebracht, das man hier noch einmal erwähnen darf, damit es nicht untergeht. Ich habe beantragt, dass es heissen soll: ... „*und daraus Zeitpläne für deren Schliessung und Rückbau vorzulegen*“ - statt nur „*zu erarbeiten*“. Das ist eine sehr dezidierte Anfrage an die Entscheidenden. Mit dieser klaren und weitgehenden Forderung kann ich dafür umso leichter mit der weiteren Änderung leben, wonach wir die Ankündigung des französischen Präsidenten zur Schliessung zur Kenntnis nehmen.

Herr HERSBERGER:

Ich bin der Meinung, dass der Vorschlag von Jürgen BÄUERLE, dessen Urteil ich sehr schätze, nicht sehr zielführend ist. Wir haben eine Resolution, die eigentlich aus ganz anderen Elementen besteht als aus der umstrittenen Frage Fessenheim; wir stoßen uns nur an diesem einen Satz. Wir könnten den Satz auch ganz streichen. (*Kurzer Einwurf aus dem Saal*) – Tut mir leid, wenn ich eine Wortmeldung übersehen habe.

Herr Dr. Christoph SCHNAUDIGEL:

Meine erste Reaktion war, ich sage es ehrlich: Dem kann ich nicht zustimmen. Es entspricht nicht unserer deutschen Sicht. Dann habe ich mir aber überlegt, dass ich nicht im Oberrheinrat bin, um allein die deutsche Sicht zu vertreten, sondern um auch die andere Seite grenzüberschreitend zu sehen. Beim Thema Fessenheim haben wir genau diese Diskussion, Herr HOEFFEL, schon in der Kommission gehabt und wir werden uns hier wahrscheinlich nicht einigen. Ich selbst würde im Oberrheinrat auch nicht gerne von den anderen Delegationen überstimmt werden mit dem Argument: Das wollen wir eben so haben. Deshalb wollte ich vorschlagen, diesen Satz zu streichen. Die Resolution hat an sich noch genügend Wert. Es wäre schade, sie nicht zu verabschieden.

Herr HERSBERGER:

Also, wir haben einen neuen Vorschlag: den Satz ersatzlos zu streichen.

Herr UEBERWASSER:

Herr Präsident RICHERT, ich möchte mich herzlich bedanken, dass Sie hier die Gründe genannt haben. Sie wären dazu nicht verpflichtet, wir haben keine Rechenschaft zu fordern. Die Gründe sind sehr respektabel, auch wenn man eine andere Meinung hat.

Aber es kommt die entscheidende Frage: Vermeiden wir die kritischen Punkte oder vertiefen wir sie? Was wir jetzt machen ist: Wir nehmen den kritischen Punkt aus dem Beschluss heraus und entwerten ihn damit. Ich wäre sehr interessiert an einer Diskussion über alle Atomkraftwerke, zumal wir auch einige museale Stücke in der Schweiz haben. In einer trinationalen Politik kann ich nicht vom anderen etwas fordern, was ich nicht bereit bin, selbst konsequent zu tun. Ich möchte Sie also bitten, den Vorschlag von Herrn BÄUERLE doch noch in Erwägung zu ziehen.

Herr STÄCHELE:

Das stimmt eben nicht, Herr Kollege, dass wir uns nur auf Fessenheim fokussieren. Wir sagen, dass wir zu allen Kraftwerken einen Plan wollen – und jetzt verlangen wir sogar explizit, einen solchen *vorzulegen* – wie Schließung und Rückbau erfolgen sollen. Der Satz geht an alle.

Und jetzt will ich die deutsche Delegation zum Nachdenken bringen über eine Streichung. Ich möchte, auch abgeschwächt, durchaus gerne dokumentiert haben, dass der französische Präsident gesagt hat, er schließe Fessenheim bis 2016. Besagter Satz verpflichtet alle

Länder zur Vorlegung eines Planes, und im Speziellen enthält er einen Hinweis auf das, was sich aktuell beim französischen Präsidenten abspielt.

Herr HERSBERGER:

Wir haben also einen Vorschlag von Jürgen BÄUERLE und Heinrich ÜBERWASSER, das ganze Thema zu verschieben und über alle Kraftwerke zu diskutieren. Da habe ich eine etwas ironische Reaktion: Wir werden lange diskutieren, bis wir irgendeinen Lösungsansatz haben, den wir alle unterschreiben können. Zweite Variante ist der Vorschlag des Vorstands und die dritte Variante ist, den ganzen Satz ersatzlos zu streichen. Ich verweise noch einmal darauf hin, dass Fessenheim ein *side issue* ist. Die Resolution lebt nicht von diesem Nebensatz.

Sind Sie damit einverstanden, dass wir diese drei Varianten haben? Ja. Dann schlage ich vor, dass wir zuerst die Rücküberweisung an die Kommission gegenüber der Vorstandsvariante ausmehren.

Herr RICHERT:

Nochmals: Ob man den Satz streicht oder in einer Kommission an der Resolution weiterarbeitet – Daniel HOEFFEL hatte das auch vorgeschlagen – oder ob einfach klar geschrieben wird, dass die elsässische Delegation nicht einverstanden ist: Uns ist das egal. Nur die ursprüngliche Variante können wir nicht annehmen.

Herr HERSBERGER:

Wir können das Abstimmungsverfahren vereinfachen. Wir entscheiden zuerst darüber, ob wir die Verabschiedung der Resolution verschieben bzw. die Resolution an die Kommission zurückgeben, oder ob wir die Resolution heute verabschieden wollen. Wenn wir das entschieden haben, gibt es in einem Fall – bei Rücküberweisung an die Kommission – keine weitere Abstimmung. Falls wir uns für die heutige Verabschiedung entscheiden, werden die zwei Varianten, Vorstandsversion und Streichung des Satzes, einander gegenübergestellt. Sind Sie einverstanden, dass wir so vorgehen?

Abstimmung

Sie haben mit großer Mehrheit gegen sieben Stimmen entschieden, die Resolution heute zu verabschieden.

Herr BUTTNER:

Ich möchte aus dieser Debatte zwar nicht die Luft nehmen, aber zumindest unseren unmittelbaren Nachbarn sagen, dass wir insbesondere im Haut-Rhin und im Elsass generell das Gefühl haben, ungerecht behandelt zu werden. Und Sie wissen wie verheerend sich das Gefühl einer Ungerechtigkeit erweisen kann.

Wieso eine Ungerechtigkeit? Sie wissen es, Fessenheim ist mit seinen zwei Reaktoren das einzige Kernkraftwerk, das sich im Rahmen einer bereits 35-jährigen Finanzierung durch den Conseil Général mit einer lokalen Informations- und Sicherheitskommission (CLIS) unter dem Vorsitz des hier anwesenden Michel HABIG versehen hat. Wir empfinden es als ungerecht, weil wir immer um diese Transparenz für alle bemüht gewesen sind. Das ging so weit, dass wir darauf bestanden haben, dass Sachverständige aus unseren drei Ländern in dieser Kommission tagen und Tag um Tag feststellen können, was sich abspielt, vom belanglosen Abbrennen eines Papierfetzens bis hin zu einem größeren Störfall. Alles wird dort registriert und seit schon so langer Zeit.

Und gerade weil diese Transparenz immer unsere Politik gewesen ist, wurde Fessenheim immer mehr angeprangert als *das* Kernkraftwerk, das unbedingt stillgelegt werden müsse, weil es das älteste, das gefährlichste sei usw. Dabei sind sich die Sachverständigen alle eins, dass dies nicht der Fall ist. Aus diesen Gründen haben wir seit drei Jahren, sei es in der Oberrheinkonferenz oder im Oberrheinrat, das Konzept vertreten, wonach jedes Kernkraftwerk am Oberrhein, da jedes eine Gefahr für unser Gebiet darstellt, mit derselben

CLIS ausgestattet wird, sodass letztendlich alle diese lokalen Informations- und Sicherheitskommissionen uns einen Bericht vorlegen. Das ist alles, was wir verlangen.

Die Diskussion dreht sich nicht um die Frage, ob man Fessenheim schließen will oder nicht, sondern um den Grad der Gefährdung. Und solange diese Gefährdungsstufen nicht festgelegt sind, kann man nicht akzeptieren, dass irgendein auf politischen Abmachungen beruhender Ukas die Energiepolitik durcheinander bringt. Diese ist nämlich für die Entwicklung des Oberrheingebiets von maßgebender Bedeutung. Wir sind Befürworter der erneuerbaren Energien, aber es dürfen auch keine Ungerechtigkeiten entstehen. Hätte der Entwurf, der zur Diskussion stand, ohne Weiteres akzeptiert werden müssen, wäre das für uns eine zusätzliche Ungerechtigkeit gewesen, ja eine Verletzung.

Herr HERSBERGER:

Erlauben Sie mir auf das unterbrochene Wahlprozedere zurückzukommen. Wir müssen noch einen zweiten Entscheid fällen. Wir haben für die Bereinigung der Resolution zwei Varianten: Die Vorstandsvariante und die ersatzlose Streichung des Satzes.

Abstimmung

Sie haben mit 19 zu 13 Stimmen entschieden, der Vorstandsvariante den Vorzug zu geben.

Herr Hans ABT:

Herr Präsident, es bräuchte jetzt noch eine Schlussabstimmung über diese Resolution.

Herr HERSBERGER:

Das ist korrekt.

Schlussabstimmung

Die Resolution gemäss Vorstandsvariante wird mit grossem Mehr (27 Stimmen) ohne Gegenstimmen bei 3 Enthaltungen verabschiedet.

Ich danke Ihnen. Wir kommen jetzt mit etwas Verspätung noch zum Punkt 10.

10. Wahl des Vorstands für das Jahr 2013

Herr RICHERT:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Freunde, Daniel HOEFFEL hat den Entschluss gefasst, seine Tätigkeit als Vorsitzender der Kommission Umwelt und Landwirtschaft innerhalb des Oberrheinrates nicht weiter fortzusetzen. Ich möchte drei Gründe angeben, warum es voll und ganz berechtigt ist, dass wir Daniel HOEFFEL heute unsere Dankbarkeit zum Ausdruck bringen.

Daniel HOEFFEL, wie Sie es alle wissen, ist ein überzeugter Europäer. Während der ganzen Spanne seines politischen Engagements hat er einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Immer hat er, wie es ihm eigen ist, mit eindrucksvoller Klarheit über die unterschiedlichsten und schwierigsten Themen referiert. Er ist aber nicht nur ein überzeugter Europäer, sondern auch ein Verfechter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Er kennt nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland und die Schweiz und sein Einsatz zugunsten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geht auf viele Jahre zurück. Er gehörte mit Erwin TEUFEL und Kurt BECK zu denjenigen, die damals die Kooperation Pamina im nördlichen Elsass ins Leben gerufen haben. Er gehörte zu denjenigen, die dafür Sorge getragen haben, dass solche Kooperationen gemäss dem Karlsruher Übereinkommen in Zweckverbände umgewandelt werden können. An der Gestaltung dieses Übereinkommens hat er selbst mitgewirkt.

Er war auf allen Gebieten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit präsent, sei es in der Oberrheinkonferenz oder im Oberrheinrat, gleichzeitig als engagierter Dauerbeteiligter und

als Mensch, der sich nie entzogen hat, wenn es darum ging, in einer schwierigen Lage eine Lösung zu finden. Ich glaube, dass wir aus all diesen Gründen einhellig dem engagierten Europäer und Verfechter der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, Daniel HOEFFEL, unsere Anerkennung aussprechen müssen.

Der zweite Grund dafür liegt darin, dass er sich trotz seiner Mandate als gewählter Volksvertreter bereit erklärt hat weiterhin im Oberrheinrat zu tagen und den Vorsitz der Kommission Umwelt und Landwirtschaft zu führen. Als Gründungsmitglied des Oberrheinrates hat er seit 1997 den Vorsitz dieser Kommission inne. Dabei ist uns allen bekannt, dass wenn Daniel HOEFFEL sich in einem Gremium einsetzt, er es mit Leib und Seele tut. Seine Einsatzbereitschaft ist beispielhaft, seine Arbeitskapazität bekannt und dementsprechend geschätzt.

Als dritten Grund können wir sagen, dass sein unermüdliches Wirken Früchte getragen hat, nicht zuletzt, weil er seine Kommission mit Autorität und Beharrlichkeit, aber auch Geschick und Anpassungsfähigkeit zu leiten verstand. Unter seinem Vorsitz wurde diese Kommission dazu berufen, die Arbeiten um die Kernkraftfrage und das zentrale Anliegen des Kernkraftwerks Fessenheim aufzunehmen. Aufopferungsvoll hat er sich ständig bemüht, konsensfähige Lösungen herbeizuführen. Wir erwähnten vorhin, dass damals, als der Oberrheinrat auf französischer Seite ins Leben gerufen wurde, Adrien ZELLER und Daniel HOEFFEL sich unter den Mitstreitern befanden, die sich dafür einsetzten. Man war damals bemüht, ein Gegenwicht zu den staatlichen Einrichtungen wie die Oberrheinkonferenz herzustellen, ein geeignetes Gremium, das den hiesigen Mandatsträgern die Möglichkeit geben konnte, sich auszutauschen und ihre Meinungen anzugleichen. Bei der vorherigen Diskussion über das Kernkraftwerk Fessenheim haben wir feststellen können, dass sowohl die Auffassung derjenigen, welche die Atomkraft zu verteidigen scheinen und die Auffassung derjenigen, die dagegen sind, zur Geltung kamen. Die Dinge sind allerdings etwas nuancierter. Hätten wir mehr Zeit für die Debatte gehabt, hätte ich Ihnen noch sagen können, dass mein politisches Engagement vor langen Jahren aufgrund der Frage der Atomkraft entstanden war. Eben weil wir nicht zu denjenigen gehören, die meinen, es gäbe nur eine Lösung, nämlich einzig und allein auf die Atomkraft zu setzen. Das Elsass ist eine Region, die in Frankreich als Musterregion gilt, wenn es darum geht, andere Lösungen zu finden als die Atomkraft, insbesondere auf dem Gebiet der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien. Das Bedürfnis, Lösungen zu finden, das Bedürfnis, sich unter Politikern auszutauschen, gestaltet sich unseres Erachtens in diesem grenzüberschreitenden Gebiet als eine Notwendigkeit.

Vorhin hat Charles BUTTNER uns in Erinnerung gerufen, dass wir vor zwei Jahren in Offenburg zusammengekommen waren, um gemeinsam feierlich den Jahrestag der Trinationalen Metropolregion anzugehen. Das ist nur möglich gewesen, weil die Wege zuvor geebnet worden waren, und zwar von einigen Generationen von Männern und Frauen unserer drei Regionen, die sich dafür eingesetzt haben. Zweifellos ist Daniel HOEFFEL einer von diesen Wegbereitern. Da er nun sein Amt niederlegt, möchte ich ihm nicht nur in meinem Namen, sondern auch im Namen der gesamten Delegation, der heute Anwesenden und derjenigen, die seit 1997 im Oberrheinrat gewirkt haben, für sein Engagement danken. Ich darf wohl sagen, dass sein leuchtendes Beispiel uns leiten kann. Die Art und Weise, wie er seine Präsenz, seinen Beitrag, seine Loyalität gestaltet hat, verdient es auf jeden Fall, dass wir darüber nachdenken und dies in unserem Gedächtnis bewahren.

Als Erinnerung an seine Jahre unter uns möchte ich ihm nun im Namen des gesamten Oberrheinrates ein Erzeugnis aus unserem trinationalen Gebiet überreichen. Es kann als Gefäß für andere Erzeugnisse unserer Produzenten innerhalb dieses Gebiets dienen.

Danke Daniel, für all das, was Du für uns getan hast und für den tiefen Sinn, mit dem du Dein politisches Engagement erfüllt hast, nicht nur in Frankreich und im Elsass, sondern darüber hinaus für Europa und für die Zusammenarbeit in diesem Dreiländereck, dem Du so treu gedient hast.

(Applaus)

Die französische Delegation schlägt vor, dass Herr HOEFFEL als Kommissions-Vorsitzender von Herrn Michel HABIG abgelöst wird, der Vize-Präsident des Conseil Général du Haut-Rhin ist, der schon seit mehreren Jahren im öffentlichen Leben engagiert ist und der viel Erfahrung im Umweltbereich und auf dem Gebiet der Landwirtschaft hat. Wir wünschen ihm alles Gute und danken ihm vor allem, dass er diese herausfordernde Aufgabe übernommen hat. Vielen Dank, Michel!

(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Nachdem Philippe RICHERT für die französische Delegation gesprochen hat, möchte ich denselben Dank für die deutsche und die Schweizer Delegation aussprechen und Dir, Daniel HOEFFEL, herzlich danken.

Auch ich habe Dir ein kleines Geschenk mitgebracht. Vielleicht erinnerst Du Dich, dass wir uns im Süden des Elsass kennengelernt haben. Es gibt dort ein wunderschönes Naturschutzgebiet namens *Petite Camargue Alsacienne*. Es war vor 10 Jahren nur 2,5 km² groß, mittlerweile ist es auf 9,5 km² gewachsen. Hier erhältst Du ein Buch und eine DVD mit einem ganz aktuellen Film des Schweizer Fernsehens zur Petite Camargue. Wenn Du Lust hast, dann zeige ich Dir die *Petite Camargue* gerne auch noch einmal in echt.

Herr Daniel HOEFFEL:

Herzlichen Dank. Es ist eigentlich gar kein Ereignis, sondern das Fehlen eines Ereignisses, wenn man in meinem Alter sein letztes öffentliches Amt verläßt. (*Auf Deutsch:*) Ich danke von Herzen Philippe RICHERT, Helmut HERSBERGER und Ihnen allen für all das, was Sie getan haben, um mir meine kleine Arbeit als Vorsitzender der Kommission Umwelt/Landwirtschaft zu erleichtern. Ich möchte natürlich ein Gedenkwort haben für diejenigen, die am Ursprung der Gründung des Oberrheinrats da waren: Adrien ZELLER, Gründer des Oberrheinrats, Peter STRAUB, Landtagsvorsitzender, der immer treu mit Adrien ZELLER die Führung inne hatte, und auf Schweizer Seite sehe ich im Besonderen Peter SCHAI. Auch er war am Anfang dabei.

Der Zufall oder das Schicksal will es, dass ich die Präsidentschaft dieser Kommission verlasse im Augenblick in dem eine – sagen wir reichliche – Diskussion zeigt, dass die Aufgabe der Kommission Umwelt/Landwirtschaft noch lange nicht zu Ende geht. Und ich wünsche demjenigen, der die Nachfolge antreten wird, viel Mut und viel Tatkraft (*Auf Französisch:*) Michel, ich wünsche Dir alles Gute bei der Fortsetzung dieser Tätigkeit und mögest Du auch so oft wie möglich einen breiten Konsens vorfinden, denn ich kann mir das Wirken, die Ausstrahlung und die Zukunft des Oberrheinrates nicht vorstellen ohne die Grundlage einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen allen drei Bestandteilen des Oberrheinrates.

(*Auf Deutsch:*) Das wollten die Mitbegründer. Das müssen wir ihnen zur Ehre in diesem Geiste weiterführen. (*Auf Französisch:*) Kurzum, ich richte diese Worte an diejenigen, welche die Nachfolge übernehmen. Ich denke, dass das Gelingen von zwei Bedingungen abhängt: Man muss erstens an die Zukunft der trinationalen Zusammenarbeit glauben und zweitens sich äußerst verfügbar machen, um diese Arbeit fortzusetzen, denn es obliegt uns in diesem Oberrheingebiet, die Fackel der Zusammenarbeit hoch zu halten, damit ihr Licht auch über Europa erstrahlen kann, ob mit 27 Mitgliedstaaten, liebe französischen und deutschen Freunde, oder mit 47, liebe Schweizer Freunde. Denn zu einer Zeit, wo Europa ins Wanken gerät und die Welt erwartet, dass Europa seine Stimme hörbar macht, haben wir die Pflicht, alle gemeinsam, die Flamme der Freundschaft zwischen unseren Völkern so hoch wie möglich zu halten.

Danke Philippe, Danke Willi, merci und Danke Helmut. Ich sage das nicht auf Englisch, denn unsere Zweisprachigkeit bleibt und soll auch in Zukunft bleiben, was sie ist. Vielen Dank!

(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Für das Präsidium ist 2013 Willi STÄCHELE vorgesehen, Theo KAUTZMANN als erster Vize-Präsident, Philippe RICHERT als zweiter Vize-Präsident und ich als dritter Vize-Präsident.

Als weitere Mitglieder des Vorstandes vorgeschlagen werden Dorothea STÖRR, Charles BUTTNER und Roland AGUSTONI, und als Kommissionspräsidenten Peter BRODBECK, Jürgen BÄUERLE, Barbara SCHLEICHER-ROTHMUND und in Ersatz von Daniel HOEFFEL neu Michel HABIG.

Die Euro-Distrikte bleiben als Beisitzer dabei, das sind für 2013 Herr Joseph OFFELE, Frank SCHERER und Dieter SALOMON der sich heute entschuldigen lassen musste. Der Eurodistrict Basel hat noch niemanden bestimmt.

Ich gehe davon aus, dass es keine anderen Vorschläge gibt? Dem ist so. Deshalb schlage ich vor, diese Wahlen nicht einzeln durchzuführen, sondern *in global*. Wer mit diesem Wahlvorschlag des Vorstands einverstanden ist, soll dies am besten durch Akklamation bestätigen.

(Akklamation)

Herzlichen Dank, dass Sie so lange ausgeharrt haben und Entschuldigung für die Verspätung.

Herr STÄCHELE:

Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, vielen Dank von uns allen für das Vertrauen.

Es ist eine gute Tradition, dass der, der designiert ist, zum 1. Januar das Präsidium zu übernehmen, zumindest jetzt schon ein erstes Wort des Dankes anbringt. Lieber Helmut, lieber Herr Präsident, wir werden noch genügend Formen der Dankbarkeit finden, aber jetzt einfach Dankeschön, dass Du mit ganz großem Einsatz dieses Amt ausgefüllt hast. Du hast Herzblut hineingegeben und Deine menschlich verbindende Art hat gut getan. Deswegen will ich Dir gleich jetzt – du sagtest, meine Redezeit betrage etwa zwanzig Sekunden – ein kleines Präsent übergeben. Wir wollen Helmut HERSBERGER an einen wunderschönen Platz am Oberrhein entführen, wo er keine Landeanflüge erleben muss, wo er keine Dragoner sehen wird. Das Einzige, was er von den Höhen des Schwarzwalds sehen wird, ist das wunderbare Straßburger Münster. Ob er dann ein bisschen links 'rüberschaut nach Fessenheim sei ihm überlassen. Also, kurzum, herzlichst eingeladen! Ein kleines Zeichen der Dankbarkeit. Einen Wermutstropfen allerdings muss ich Dir jetzt schon eingießen. Da wo du hinkommst ist ganz nah bei meinem Heimatort. Ich werde also An- und Abreise gründlichst überwachen. Dankeschön.

Herr HERSBERGER:

Ich wollte Willi STÄCHELE eigentlich heute ein Zepter übergeben, aber Zepter kann man nur unter Königen verteilen und der Oberrheinratspräsident ist kein König. Nach der heutigen Sitzung kannst du ohnehin einen Zauberstab besonders gut gebrauchen, deshalb habe ich dir einen solchen mitgebracht. Wenn man daran glaubt, dann funktioniert er.

Herr STÄCHELE:

Ich danke Dir.

(Applaus)

Herr HERSBERGER:

Ich erkläre hiermit die Sitzung für geschlossen.